

Thornener Presse.



Abonnementspreis

für Thorn nebst Postfracht frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando;

für A u s w ä r t s frei per Post: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 2 Mark.

A u s g a b e

t ä g l i c h 6 1/2 Uhr Abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:

Katharinenstraße 204.

Insertionspreis

für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thoren Katharinenstraße 204, Annoncen-Expedition „Invalidenbank“ in Berlin, Haafenstein u. Bogler in Berlin und Königsberg, M. Dutes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr Mittags.

Nro. 37.

Sonntag den 13. Februar 1887.

IV. Jahrg.

Ein Doppelbild.

Boulangier.

Richter, Windthorst, Grillenberger.

116 Millionen
Gefordert für die Land- und Seemacht hat in diesen Tagen die französische Deputirtenkammer ohne jede Debatte bewilligt, nachdem das Ministerium eine Vertragung dieser Kredit-Bewilligung für unthunlich erklärt hatte.

45 Millionen,
welche die deutsche Regierung an fortlaufenden und einmaligen Ausgaben forderte, um die sparsamst bemessenen dringend notwendig gewordenen Neubildungen bei dem deutschen Heer vornehmen zu können, sind nach wochenlangen fruchtlosen Debatten durch die bisherige Majorität des Reichstages thatsächlich nicht bewilligt worden.

Frankreich hat 38 600 000 Einwohner.

Deutschland hat 46 800 000 Einwohner.

Die Friedenspräsenz der französischen Armee und Marine ist 539 147 Mann.

Die Friedenspräsenz der deutschen Armee und Marine ist 449 368 Mann.

In Frankreich dient 1,337 Prozent der Bevölkerung.

In Deutschland dient 1,017 pCt. der Bevölkerung.

In Frankreich kostet Armee und Marine 826 Millionen Mark.

In Deutschland kostet Armee und Marine 446 Millionen Mark.

Jeder Mann der Landarmee kostet in Frankreich 1234 Mark per Jahr.

Jeder Mann der Landarmee kostet in Deutschland 862 Mark per Jahr.

Jeder Franzose zahlt per Jahr 21,14 Mark zum Unterhalt der Armee.

Jeder Deutsche zahlt von Jahr 9,53 Mark zum Unterhalt der Armee.

Frankreich beabsichtigt jährlich 35 000 Rekruten mehr auszugeben.

Die deutsche Regierung hatte in der im Reichstag zu Fall gebrachten Vorlage nur 13 000 Mann jährlich mehr gefordert.

Die Kriegsstärke der französischen Armee soll in Zukunft um 420 000 Mann erhöht werden.

Die deutsche Kriegsstärke würde bei Bewilligung der bezüglichen Gesetzentwürfe um 120 000 Mann erhöht worden sein.

Frankreich wird von Niemandem in seinem Bestande bedroht und hat keinen Angriff von 2 Seiten zu befürchten.

Für Deutschland liegt ein Krieg mit zwei entgegengesetzten Fronten sehr im Bereich der Möglichkeit und Deutschland ist notorisch in seinem Bestande bedroht.

Zahlen und Thatsachen sprechen deutlicher als bogenlange Kommentare. Wir Deutsche können wahrlich von dem opferwilligen Patriotismus der Franzosen noch manches lernen; von dem Patriotismus der Vaterlandsliebe, die ihre Thaten in Uebereinstimmung bringt mit den Worten. Die Franzosen wissen beides sehr wohl mit einander zu vereinen. Was aber sollte wohl aus uns und Deutschland werden, wenn unsere Zukunft abhinge von Parlamentsmajoritäten, wie wir im letzten Reichstage sie sich haben bilden sehen?

Poste restante.

Karnevals-Romanette von Klara Reichen.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Glücklicher Weise hatte Hans eine entschiedene Vorliebe für alte Handschriften und alte Buchdeckel. Warum auch nicht? Er war ja reich genug, um alte Buchdeckel u. s. w. bezahlen zu können. Unglücklicherweise aber giebt es auch alte Buchdeckel, die man nicht kaufen kann, und so geschah denn dieser Passion zum Opfer das Angeheuerliche. Hans begab sich ohne mütterlichen Schutz nach der Residenz, um dort in W. die Hof- und Staatsbibliothek zu durchstöbern, ein beliebter Gast bei allen Antiquitätenhändlern zu sein und nebenbei — zum ersten Male in seinem fünfundsiebenzigjährigen Leben — einen wirklichen Karneval, und noch dazu den längsten des Jahrhunderts, mitzumachen.

Aber einen Tropfen Vermuth hatte auch dieser Reich der Freude. Außer ihren Segenswünschen hatte ihm auf seiner Entdeckungstour die zärtliche, besorgte Mutter noch einiges Andere aufgebürdet, nämlich die Verpflichtung, täglich mindestens einmal Nachricht von sich zu geben — sei es auch nur per Korrespondenzkarte — und dann — o die heilige Inquisition und unheilige Behme waren nicht dagegen — als Obervormundschaft und Kontrolle eine — Stellvertreterin.

Armer Hans! Das hieß also vom Regen unter die Traufe kommen, und nie noch hatte er es drückender empfunden, als gerade jetzt, als seit gestern, wo er, der 25jährige Knabe, zum ersten Male eine Redoute besucht und bei dieser Gelegenheit zum ersten Male — sein Herz entdeckt hatte.

Das war's, warum Hans von Reischach heute so ungerne, aber richtiger gesagt, noch unlieber als sonst zu Oly von Gelsberg ging.

III.

Oly von Geldern und Hans von Reischach saßen sich Beide gegenüber in demselben eleganten kleinen Salon, in welchem sie schon oftmals ein innerliches Duo gegähnt — er, weil sie

Politische Tageschau.

Wir haben schon betont, daß in der irrenärzlichen Prozeß mit einem sogenannten Verfolgungswahnsinn zu rechnen ist; wir fühlen zwar kein Drang in uns, Leuten, die an offenbarem Verfolgungswahn leiden, zu beweisen, daß in ihrem Oberstübchen nicht Alles richtig ist, dafür haben wir ja die Psychiatrie und Irrenhäuser. Die „Th. Ost. Ztg.“ schreibt in einem Artikel unter der Spitzmarke „die Verlogenheit der offiziellen Presse“: Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meint, es sollte sie nicht wundern, wenn die Sophistik der freisinnigen Presse es fertig brächte, den Lesern einzureden, daß das Votum der französischen Kammer nur ein Wahlmannöver der Offiziösen sei, und baut darauf ihre freche Behauptung: Der Kultus der Lüge steht im Lager der „Reichstreuen“ in höchster Blüthe! Abgesehen davon, daß ein normal gebautes Hirn aus dem Citat des kanzlerblattes nur eine grausame Ironie, keineswegs aber eine lügenhafte Behauptung lesen wird, so ist doch die „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht identisch mit dem Lager der „Reichstreuen“ und der „Reichstreuen Presse.“ Wir kompletieren sogar die „Nordd. Allg. Ztg.“ durch ein Citat Eduard von Hartmanns, des Verfassers der „Philosophie des Unbewußten“, der der freisinnigen Partei oder vielmehr der mit secessionistischen Elementen verstärkten Fortschritts-Partei vorwirft, ihr Wahlpruch sei: „Fiat doctrina, pereat patria!“ „Der Weg zur Verwirklichung dieser Doktrin schreibt der große Philosoph, ist Schwächung der Regierungsgewalt, Stärkung der Parlamentarismacht; der mächtigste Hebel zur Verschiebung des verfassungsmäßig bestehenden Rechtsverhältnisses ist die Daumschraube der Militärbewilligung, da es zwar nicht der Fortschrittspartei, wohl aber der Regierung daran gelegen ist, daß die Wehrfähigkeit des Vaterlandes im Vergleich zu seinen lauernden Feinden nicht geschwächt werde. Je häufiger Militärkonflikte, desto mehr Aussicht, voran zu kommen. Das letzte Wort dieses Standpunktes hat eine Partei trotz ihrer Abrüstungsanträge wenigstens in Norddeutschland noch nicht zu sprechen gewagt, es ist aber die unausweichliche logische Konsequenz ihrer Prinzipien und lautet: Lieber französisch unter parlamentarischer Regierungsform als deutsch unter dem Scheinkonstitutionalismus der Hohenzollern!“ Wir wissen, daß der Artikel der „Thorn. Ost. Ztg.“ mit seiner invidiösen Insinuation einem freisinnigen Wagspiel entnommen ist, daß daher die „Thorn. Ost. Ztg.“ dafür nicht intellektuell verantwortlich ist, aber sie hat sich zur Eideshelferin einer solchen Schmähung hergegeben, die in anständigen journalistischen Kreisen verpönt sein muß, ja, die geeignet ist bei Freund und Feind das Ansehen der deutschen Presse ohne Rücksicht auf Partei und Farbe zu untergraben. Und das geißeln wir. Im Uebrigen haben wir nur hinzuzusetzen, daß wir auf eine entschuldigende Erklärung seitens der „Thorn. Ost. Ztg.“ ausdrücklich verzichten.

Eugene Richter entrüstet sich in seinem Leiborgan über die französische Chauvinistenpresse, die ihm mit Gewalt einen Ehrenplatz im französischen Pantheon anweisen möchte. Diesmal ist es das wohlbründete Lob des „Paris-Journal“, das ihm so auf den Nerven prickselt. Er nennt das Blatt in seinem Eifer ein „obskures“ Pariser Organ. Weit entfernt, für die Eideshelfer des deutschen Vaterlandsmannes Reklame zu machen, wollen wir doch konstatieren, daß „Paris-Journal“ eines der gelesesten Organe Frankreichs ist. Aber nicht nur „Paris-Journal“, sondern auch die offiziöse „Revue“, der „Constitutionnel“, die „France“ und selbst der rothe „Intransigent“ haben Herrn E. Richter in ihren Spalten wiederholt Wehrgeschrei gestruut, weil er — wie

„mütterliche Freundin“, sie, weil er „Mutterföhnchen“ war. Diese gegenseitige Antipathie war aber auch die einzige Sympathie zwischen ihnen.

Oly war also wirklich zu Hause gewesen, trotz des schönen Wetters. Sie hatte Kopfweh, war schlecht gelaunt, oder sagen wir lieber gestimmt, gerade wie man es zu sein pflegt, wenn man einen recht ausgeiebigen Razenjammer oder einen recht dummen Streich zu verdauen hat.

„Ach, der langweilige, hölzerne Mensch!“ dachte Oly wohl mindestens zum zwölften Male, während sie mit etwas mehr Würde, als gerade für ihr Alter notwendig, ihm gegenüber saß. „Und schon wieder! Er war ja wohl erst vorgeföhrt hier. Was Einem doch die Freundschaft und Konvenienz für Opfer auferlegen?“ „Wenn ich nur erst glücklich wieder fort wäre“, überlegte sich gewiß zum zwölften Male Hans, während er gleichgültiger, als gerade nöthig sein reichendes vis-à-vis anblinzelte. „Was für Opfer Einem doch Konvenienz und Kindesliebe kosten!“

„Haben Sie vielleicht die gestrige Redoute im Hoftheater besucht, Herr von Reischach?“ fragte Oly plötzlich.

Er fand natürlich diese Frage und den Ton, in welchem sie gestellt wurde, unerträglich inquisitorisch von Derjenigen, die er in dem heimlichen Verdacht hatte, daß sie regelmäßig polizeilichen Rapport in Betreff seiner abstattete.

„Ja?“ stotterte er befangen, „O nein — eigentlich nicht!“

„Ei, ei“, sagte Oly und bemühte sich so allklug und überlegen als möglich anzusehen. Hatte ihr doch in der That Frau von Reischach ihren Hans auf die Seele gebunden. „Eigentlich also nicht? Wissen sie auch, daß dieses „eigentlich“ Sie eigentlich verdächtig, Herr von Reischach?“

„Mich? — Ich wüßte nicht, daß ich etwas Verdächtiges an mir hätte!“

Hans war zu Oly's geheimem Vergnügen ein bißchen roth geworden, was ihm gar nicht übel stand.

„Nein, wirklich“ sagte sie, „ich glaube kaum, daß Sie den Muth besäßen, sich in das Gewühl einer Redoute zu stürzen,

der „Constitutionnel“ schlankweg gestand — die französischen Interessen im deutschen Parlament wärmer und geschickter vertrete, als es mancher französische Diplomat am grünen Tisch verstanden haben würde. Herr Richter schaufrirt sich also mit Unrecht.

Die „Opinion“ sagt unter Hinweis auf die Verhandlungen Robilants über die Fortdauer der Beziehungen Italiens zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Interesse der allgemeinen Friedenspolitik und der Sicherung des allgemeinen Territorial-Bestandes, die gegenwärtige Ministerkrise treffe Italien in einem sehr heißen Augenblick. Wer könnte, fragt das Blatt, mehr als Graf Robilant die Fähigkeit und die Autorität besitzen, um bei diesen brennenden Unterhandlungen zu reüssiren? Wenn ihm die Verpflichtung zufalle, einer augenblicklichen Entmuthigung nicht nachzugeben, so liege auch der Majorität und den Dissidenten die Pflicht ob, sich ihrer ungeheuren Verantwortlichkeit bewußt zu bleiben und eine parlamentarische Mittelpartei vorzubereiten, welche die Regierung mit der ganzen notwendigen Autorität ausrüste, um ihren entscheidenden Einfluß in Europa auszuüben. Die Opinion fährt sodann fort: Wir hatten diese sehr ernste Situation im Auge, als wir in den letzten Tagen einen Appell an die Eintracht der Majorität mit den Dissidenten richteten und ein ausgezeichnetes Mitglied einer anderen Partei, welche mehr durch historische Erinnerungen als durch wesentliche Meinungsverschiedenheiten von uns getrennt ist, zum Anschlusse an die Majorität und zum Eintritte in die Regierung aufforderten. Wir haben es nicht eilig, die Krise in wenigen Tagen beendet zu sehen; es liegt uns vielmehr daran, daß sie sich mit der Bildung eines schwachen und dem Auslande gegenüber autoritätslosen Kabinetts abschleße. Da uns der Patriotismus rücksichtslosste Offenheit zur Pflicht macht, so sprechen wir es aus, daß vor Allem einigen hervorragenden Männern die Verantwortlichkeit für die Entschlüsse zufällt, von welchen es abhängt, ob Italien morgen noch einigen Einfluß in den Angelegenheiten Europas besitzen und im Stande sein werde, seine wesentlichsten Interessen zu vertheidigen, oder nicht.

Am 20. Juni werden 50 Jahre verfloßen sein, seitdem die Königin Viktoria den Thron von Großbritannien bestieg. Große Vorbereitungen zur Feier dieses Tages werden getroffen. Die öffentliche Feier wird, der „World“ zufolge, bedeutende Kosten verursachen, für welche ein parlamentarischer Kredit nothwendig sein wird. Die Krönung der Königin kostete gegen 40 000 Pfir., gegen 50 000 Pfir. für Wilhelm IV. und 240 000 Pfir. für Georg IV., und in vieler Hinsicht bildet die Krönung einen Präcedenzfall für das Jubiläum. Im März wird im Windsor-Schlusse oder im Buckinghampalast eine Sonderfeier des geheimen Staatsraths stattfinden, in welcher beschloßen werden wird, in welcher Weise das Jubiläum 20. Juni gefeiert werden soll. Ein Dankgottesdienst in der Westminster-Abtei, ein prächtiges Feuerwerk im Hydepark und freie Gala-Vorfstellungen in sämtlichen Theatern Londons stehen bereits auf dem Programm. Dem Exekutiv-Ausschuß des Frauen-Komitees zur Feier des Regierungsjubiläums der Königin ist die Mittheilung geworden, daß dieselbe eine im Windsor-Park aufzustellende Reiterstatue des verstorbenen Prinz-Gemahls als passende Gabe der englischen Frauen betrachten würde. Ueber die Verwendung übrig bleibender Gelder ist noch keine Bestimmung getroffen; jedoch wird man die Wünsche der Souveränin zu erfahren suchen.

sonst würde ich Sie bitten, meinen Cavalier zu machen das heißt, wenn ich nicht — leider — jetzt Veranlassung hätte, mich von dergleichen auszuschließen.“

Es blieb der Phantasie des Zuhörs überlassen, zu ergründen, worauf dieses „leider“ Oly's sich eigentlich bezog.

„Sehr schmeichelhaft“, murmelte Hans, während er innerlich hinzufügte: „Gottlob, daß sie nicht hingehen kann!“

„Sagen Sie mir nur“, fuhr Oly fort, „erspüren Sie denn gar keine Sehnsucht im Karneval auch einmal so — so ein bißchen mit toll zu sein?“

„Aha — das Examen beginnt! Wahrhaftig, Hans, sei auf Deiner Hut — denke an die bogenlangen Thränenpfeifen!“ ermahnte er sich selbst. „Toll, gnädige Frau? Nein, toll zu sein, empfinde ich gar keine Sehnsucht! Ich glaube auch kaum, daß irgend etwas besonders Sehenswürdiges auf dem alljährlichen Einerlei jener Karnevalredouten passirt.“

„Passirt!“ wiederholte sie ungeduldig. „Mein Gott, Herr von Reischach, Sie sind denn wirklich so unvergleichlich phlegmatisch? Ein junger Mann in ihrem Alter. Wie ist es nur möglich, daß man da so kühl und gelassen bleiben kann, wo Alles das tollste Leben athmet, wenn man selbst jung — jung ist? Sind Sie denn in der That von Stein oder Holz, daß man Sie schütteln möchte um zu sehen, ob wirklich kein Leben in Ihnen ist?“

Hans erhob sich mit einiger Erleichterung; er war mit sich zufrieden und besaß Geistesgegenwart genug, um den günstigen Moment in seiner ganzen Größe zu erfassen, gleichzeitig aber dem ihm drohenden Verhöre zu entschlipfen.

„Da ich so unglücklich war, mir Ihr Mißfallen zuzuziehen, gnädige Frau“, sagte er rasch, „so gestatten Sie mir wohl, mich so lange selbst zu verbannen, bis ich mich Ihres Anblicks würdiger gemacht haben werde.“

Bei dem ungewöhnlich lebhaften Tone seiner Rede stutzte Oly plötzlich und horchte hoch auf. — Im nächsten Moment blieb ihr Auge auf dem dichten Bodenteppich und richtete sich

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

17. Plenarsitzung vom 11. Februar.

Das Haus erledigte heute den Etat der Berg- und Hüttenwerke, sowie die Etats des Abgeordneten- und Herrenhauses, die sämtlich unverändert angenommen wurden. Eine Debatte entwickelte sich nur zu dem Bergwerksstat, wobei die Abgg. Dr. Katorp, Schmiebig und Dr. Hammer den Rückgang der rheinisch-westfälischen Bergwerkindustrie beklagten und billigere Eisenbahntarife, sowie Förderung der auf Einschränkung der Ueberproduktion gerichteten Bestrebungen befürworteten. Minister Maybach erwiderte, daß es nicht gerechtfertigt sein würde, wenn der Staat auf Kosten der übrigen Steuerzahler die Bergwerksbesitzer bevorzugen wollte. Die Erfüllung aller auf diesem Gebiete hervorgetretenen Wünsche würde den Staat in eine Finanzlage bringen, für die kein Minister auch nicht der Nachfolger, den man ihn wünsche, die Verantwortung übernehmen könnte. Abg. Letoche befürwortete Regulierung der schlesischen Wasserstraßen im Interesse der schlesischen Montanindustrie. Abg. Dr. Seelig (freis.) wünschte die Ausbeutung der Kohlenlager beschränkt zu sehen, um eine Erschöpfung derselben hinauszuschieben. Abg. Dr. Arndt (freikonf.) empfahl im Interesse der Arbeiter des Mannsfelder Kupferbergbaus die Einführung eines Kupferzolls von 6 Mk. Bei Extraordinarien sprachen die Abgg. Dürr und Dr. Windthorst gegen die beantragte Herstellung einer Aufarbeitungsstation für Karnallitsalze beim Achenbachschachte des Salzwertes zu Staßfurt, durch welche der Staat die private Chlorkaliumindustrie an sich reiße. Die Abgg. Graf Limburg, v. Schorlemer und Berger sprachen für die Förderung im Interesse der Erhaltung einer bestehenden Staatsindustrie. Die dafür eingestellten 35 000 Mk. wurden bewilligt. Morgen Verstaatlichungsvorlage, Seeländerbahnvorlage.

Deutsches Reich.

Berlin, 11. Februar 1887.

Seine Majestät der Kaiser hatte am gestrigen Nachmittage in Begleitung des Flügeladjutanten vom Dienst, Oberstlieutenant v. Plessen, auch noch eine Spazierfahrt unternommen und den Reichstanzler Fürsten Bismarck zum Vortrag empfangen. Am Abend besuchten die Kaiserlichen Majestäten mit anderen hohen Herrschaften die Vorstellung im Opernhause und sahen nach dem Schluß derselben einige Fürstliche und hochgestellte Personen als Gäste bei sich zum Thee. Im Laufe des heutigen Vormittags hörte Seine Majestät der Kaiser zunächst den Vortrag des Ober- Hof- und Hausmarschalls Grafen von Perponcher und später den des General-Intendanten der königlichen Schauspiele Grafen v. Hochberg, empfing darauf zur Entgegennahme persönlicher Melbungen den Ober-Verwaltungsdirektor der Werft Danzig, Contre-Admiral Pirner, sowie die Obersten v. Nagler, Kommandeur des 2. Schief. Grenadier-Regts. Nr. 11, Herring, von Lütken und von Bezwarzowsh und mehrere andere höhere Offiziere und hatte eine Besprechung mit dem Ober-Kammerer Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode. Am Abend findet, wie bereit bekannt, bei den Kaiserlichen Majestäten im Weißen Saale und den angrenzenden Gemächern des hiesigen königlichen Schlosses eine größere Ballfestlichkeit statt, zu welcher gegen 900 Einladungen ergangen sind. Unter den Geladenen befinden sich außer den Mitgliedern der königlichen Familie und deren Gefolge und den hier anwesenden Fürstlichkeiten und deren Gemahlinnen, die Obersten-Hof- und die Hofchargen, die Botschafter und das gesammte Corps diplomatique resp. nebst Gemahlinnen, die aktiven Staatsminister nebst Gemahlinnen, ferner Wirkliche Geh. Räte und Räte erster und zweiter Klasse, die gesammte Generalität, die Regiments-Kommandeure und viele andere distinguirte und hochgestellte Personen. Die Musik wird von der Kapelle des 3. Garde-Regiments z. F. ausgeführt werden.

Seit längerer Zeit war im Bundesrath über eine Revision derjenigen Bestimmungen verhandelt worden, welche sich auf die Militärtransporte auf den Eisenbahnen im Kriege beziehen. Die aus diesen Beratungen hervorgegangenen Beschlüsse, ein neuer Tarif für solche Transporte und eine neue Militär-Transport-Ordnung, sind nun mittelst kaiserlicher Verordnung in Kraft getreten.

Das zwischen den Regierungen Deutschlands und Rumäniens vereinbarte Projekt einer Konsularkonvention soll unmittelbar nach Erledigung des Budgets den rumänischen Kammern zur Berathung und Beschlussfassung vorgelegt werden. Da die Auf-

dann mit einem unbeschreiblichen Ausdruck auf das Gesicht des jungen Mannes.

„Bitte, noch einen Augenblick, Herr von Reischach“, sagte sie liebenswürdig. „Sie sagten vorhin, daß sie nichts Verdächtiges an sich hätten? Sind Sie dessen ganz gewiß?“

Hans blickte sie verständnislos mit nicht sehr geistreichem Gesicht an.

„Sie scheinen mich nicht recht zu verstehen, lieber Herr von Reischach. So muß ich wohl deutlicher sein, nicht wahr? Also Sie — leugneten — das — Verdächtige — das — Sie — sich — hätten! Verneigende Verdächtige aber oder verdächtige Leugner soll man durch schlagende Beweise überführen — hier der Beweis!“ Damit bückte sich Oly schnell und hob vom Teppich einen Fächer auf, welcher dem sich vorneigenden Hans zuvor unbemerkt aus der Brusttasche seines Rockes gegliitten war, indem sie damit leicht nach seiner danach greifenden Hand schlug.

„Hier ist der schlagende Beweis!“ wiederholte sie schelmisch.

Hans von Reischach fühlte sich doppelt geschlagen, er strakte mit raschem Entschlusse die Waffen.

Es giebt Menschen, die stets instinktiv das Richtige treffen.

„Gnädige Frau“, sagte er, „ich ergebe mich Ihnen auf Gnade und Ungnade, aber — geben sie mir den Fächer wieder.“

„Erst gebeichtet?“ Wem gehört er?“

„Das weiß ich nicht — aber ich habe geschworen, ihn immer bei mir zu tragen.“

„Immer? Das ist lange! Uebersetzen Sie mir's lieber in ihre Zeitrechnung.“

„So lange, bis die Eigenthümerin selbst ihn von mir zurückfordern wird.“

„Ach — und erst behaupteten sie doch, nicht zu wissen, wenn dieses corpus delicti gehört.“

„Die volle Wahrheit! Ich erhielt ihn auf der gestrigen Redoute im Hoftheater.“

„Also doch! — Und sie erhielten ihn?“

„Der vielmehr — ich nahm ihn mir.“

„So viel Muth hätte ich Ihnen garnicht zugetraut.“

(Fortsetzung folgt.)

Kärungen, welche deutschseits über jene Punkte der Konvention gegeben wurden, von welchen die rumänischen, zu unbedingtem Mißtrauen gegen das Ausland geneigten Chauvinisten eine schädliche Rückwirkung auf die souveränen Rechte Rumäniens und auf die Wahrung seiner Verfassung befürchteten, in bereitwilligster und zufriedenstellendster Weise ertheilt worden sind, so dürfte, bemerkt der Bukarester Korrespondent der „Allg. Ztg.“, die Majorität der Kammer, welche bei Schluß der letzten Session dem Projekt nicht günstig gefinnt war, unmittelbar vor Ablauf ihrer Mandate Bedenken tragen, die Regierung in eine weniger dem Kabinet Bratiano als seiner Partei gefährliche Zwangslage zu bringen.

Dem Direktor der provinzialstädtischen Kommission für den Schaussee- und Begebau und der provinzialstädtischen Verwaltungskommission der Provinz Posen Dr. jur. Grafen von Posadowsh-Wehner ist der Titel Geheimer Regierungsrath mit dem Range der Räte dritter Klasse verliehen worden. Der seitherige Landrath von Brandt ist zum Polizei-Präsidenten in Königsberg in Preußen, der Regierungsrath von Heimburg zu Linden ist zum Landrath des Kreises Linden, Reg.-Bez. Hannover, ernannt worden. Dem Regierungs-Assessor von Breuning in Potsdam ist die kommissarische Verwaltung des erledigten Landrathsamtes im Kreise Düren, Reg.-Bez. Aachen, übertragen worden. Die Regierungs-Assessoren Giesel und Cuny sind den königlichen Regierungen zu Oepeln bezw. Erfurt überwiesen worden. Die Wahl des ordentlichen Professors in der juristischen Fakultät der Universität zu Königsberg, Dr. Jörn, zum Prorektor dieser Universität für das Studienjahr 1887/88 ist bestätigt worden. Der gerichtliche Physikus Dr. med. Reinhold Bong zu Berlin ist zum Medizinalrath und Mitglied des Medizinal-Kollegiums der Provinz Brandenburg ernannt worden.

Die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer (Agrarier) hält am 28. Februar, der Kongreß deutscher Landwirthe am 1. und 2. März Generalversammlung ab. Von der Tagesordnung des Kongresses erwähnen wir: 1) Muß die Landwirtschaft bei den jetzigen Preisen ihrer Produkte die Erzeugung derselben einschränken? — 2) Der landwirthschaftliche Nothstand in seinen Wirkungen auf die Erwerbsverhältnisse in den Städten und Industriezirkeln. Die Steuer- und Wirtschaftsreformer werden u. a. über die dringliche Nothwendigkeit geschädigter Maßnahmen behufs Einschränkung der hypothekarischen Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes berathen.

Nachdem am 16. Dezember 1886 die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über den Stadt- und Landkreis Frankfurt a. M. und die benachbarten preussischen Kreise beschlossen wurde, wurde in der gestrigen Bundesrathssitzung auf Antrag Hessens der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Offenbach zugestimmt.

Halle, 11. Februar. Der seitherige Reichstags-Abgeordnete Kaiser wurde gestern Nachmittag um 2 Uhr bei seiner Ankunft auf dem hiesigen Bahnhofe polizeilich fixirt, weil er als Wahlkandidat der Sozialdemokraten einer geheimen Verbindung anzugehören verdächtig ist. Drei Briefe des hiesigen Wahlkomites nebst Nr. 5 der Gleichheit beschlagnahmt. Um 6 Uhr erfolgte seine Freilassung. (Post.)

Stuttgart, 11. Februar. Der Staatsanzeiger für Württemberg meldet, daß, nachdem im Januar die Eisenbahnminister Bayerns und Württembergs in Berlin zusammengetroffen, sind württembergische Kommissare nach München entsandt worden, woselbst am 10. Februar der Staatsvertrag über den Bau der Eisenbahnlinien Leutkirch-Memmingen und Hergatz-Wangen unterzeichnet wurden. Zugleich ist eine Ebdänderung früherer Verträge vereinbart worden. Danach verlieren die Bahnhöfe Ulm, Nördlingen und Crailsheim die Einrichtung von Wechselstationen, der Dienst wird von der Territorialverwaltung besorgt, die württembergische Verwaltung erhält für die Mehrleistung auf den Anschlußbahnhöfen eine Jahresentschädigung.

Ausland.

Wien, 10. Februar. Der „Polit. Korresp.“ wird aus Konstantinopel gemeldet, Zankoff verweigere die Annahme des ihm angebotenen Zugeständnisses, wonach ein Regent und zwei Minister aus Mitgliedern der Oppositionspartei entnommen werden sollen, derselbe verlange vielmehr eine größere Vertretung der Oppositionen der Regentenschaft.

Wien, 11. Februar. Die gestrigen Auseinandersetzungen im deutschen Klub des Reichsraths ergaben das Resultat, daß die Majorität des Klubs einen engeren Anschluß an den deutsch-österreichischen Klub abgeneigt ist, dagegen im Prinzipie den nationalen und antisemitischen Tendenzen Schönerers sich zuneigt. Die von einem Mitgliede beantragte Resolution, daß der Klub den Antisemitismus als politisches Parteiprinzip verwerfe, wurde mit 20 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Eine Sezession der Minorität ist unter diesen Umständen wahrscheinlich. — Die Krise im ungarischen Finanzministerium wird derart gelöst, daß nach dem unmittelbar bevorstehenden Ausscheiden Szaparys der Minister-Präsident Tisza selbst die Leitung des Finanzministeriums übernehmen wird, wobei ihm Dr. N. derle als Unterstaatssekretär zur Seite sein wird. Tiszas Programm für die Finanzen lautet: Beschränkung der Investitionsauslagen, vor Allem aber Klarheit und Offenheit. Das Fremdenblatt kündigt die demnächstige Einbringung der bereit signalisirten Kreditforderungen bei den beiderseitigen Parlamenten für die schon im Frieden nöthige Ergänzung der Reservenvorräthe beider Landwehren an, sowie für die militärische Ausrüstung der Landsturmbataillone, exklusive der Bewaffnung, für welche durch die verfügbaren wendenden Wernld-Gewehre hinreichend vorgesorgt ist. Das Blatt bezeichnet den Kredit als eine nur einmalige, aber unabsehbare Forderung.

Konstantinopel, 10. Februar. Bezüglich Egyptens soll England folgende Vorschläge gemacht haben: Autonomie Egyptens, das außerdem neutrales Land werden soll, Freiheit des Verkehrs auf dem Suez-Kanal. Im Falle von Unruhestörungen in Egypten steht es der englischen Regierung zu, das Land wieder zu besetzen. Englische Truppen sollen ferner das Recht des Durchzugs durch Egypten haben und zwar sowohl zu Land wie auf dem Kanal. Die Mehrheit der Offiziere in der ägyptischen Armee muß aus Engländern bestehen.

Afrika. Aus dem Innern des Kaplandes in Kapstadt eingetroffene Kaufleute bringen ein von Eingeborenen verbreitetes Gerücht, wonach der Afrikaforscher Dr. Holub (aus Wien) mit Gattin und Begleitung ermordet worden sei. Hoffentlich bestätigt sich diese Nachricht nicht.

Provinzial-Nachrichten.

Strasburg, 10. Februar. (Unglücksfall. Attentat.) Obgleich nach einer Polizei-Verordnung die Osenklappe längst beseitigt sein sollte, erfährt man immer wieder von ihrer Existenz; heute Morgen hörten Nachbarn die Einwohnerfamilie Orabowski in ihren Betten

schwer röcheln; man schlug die Thür ein und fand sämtliche Zimmerinsassen, Mann, Frau und Kinder bewußtlos vor; es ergab sich, daß die Familie Abends zuvor mit Kohlen geheizt und die Osenklappe zu früh geschlossen hatte; die beiden jährigen Kinder befanden sich in Folge ärztlicher Hilfe bereits außer Gefahr, dagegen sind die beiden älteren Kinder noch krank, die Frau ist sehr schwach und der Mann soeben seinen Leiden erlegen. — Ein schändliches Attentat wurde gestern am Spätabend in einer unserer entlegenen Hintergassen auf einen hier in Geschäften anwesenden Kaufmann aus Lautenburg verübt. Derselbe hatte in einem Ledern Einfaße gemacht, und sein gefüllter Geldbeutel muß bei dieser Gelegenheit von einem der in den Birtshäusern stetig herumlungelnden Lumpen gesehen worden sein, denn kurz darauf wurde der Mann von zwei Strocheln angefallen und zu Boden geschlagen. Die Hallunken knieten ihm auf die Brust, schnitten ihm die Kehle zu und begannen nun, ihn zu berauben, als sie von zufällig Daherkommenden gestört und auf der Flucht ergreifen wurden; die Attentäter sind halbwüchsige Burschen von 15 bzw. 16 Jahren. (Gef.)

Brandenz, 10. Februar. (Flucht.) Am 27. November 1886 wurde vom hiesigen Schwurgericht der Knecht Franz Dzin aus Döbeln, welcher seinem Schwiegervater eines Abends aufgelauert und ihn mit einer Wagenrunge erschlagen hatte, wegen Mordes zum Tode verurtheilt; am 29. November, drei Tage vor der Hinrichtung der Raubmörder Karl und Johann Trzynski, gelang es ihm aber, in Folge der Nachlässigkeit eines Gefangenwärters, aus dem Gerichtsgewängnis zu entspringen und bis heute ist man seiner nicht wieder habhaft geworden. Auf die Ergreifung des Mörders ist wiederholt eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt.

Flatow, 10. Februar. (Ankauf.) Das Rittergut Glubitz ist von einem Deutschen, Herrn Orlovius, der bereits früher in unserem Kreise anständig war, erstanden worden.

Aus Westpreußen, 10. Februar. (Verschwendung.) Ein Mann starb und — ward begraben. Er hatte im Feierabend seines Lebens, nach langer mühseliger Arbeit, ein Altentheil von einigen 1000 Mark jährlich genossen und das fällt nun seinem Sohne an. Der Erbe aber veranfaltete einen großen Todenschmaus; es wurden geschlachtet: 1 Kuh, 2 Räder, 3 Schafe, 2 Schweine und etliche Hühner! So geschah in einem westpreussischen Dorfe im Jahre des allgemeinen Nothstandes!

Danzig, 11. Februar. (Fälschungs-Affäre.) Der seit Anfang Dezember wegen bedeutender Wechsel-Fälschungen in Haft befindliche Kaufmann und Kupferstecher Charles Friedrich Ulrich wird am 17. d. Mts. sich vor der hiesigen Strafkammer wegen fünfjähriger Uebertretung zu verantworten haben.

Danzig, 12. Februar. (Tod durch Verbrühen.) Am 9. d. Mts. Mittags verließ die Arbeiterfrau Lindenan, St. Moritz Nr. 75/76 wohnhaft, nachdem sie kurz zuvor eine Kanne mit kochendem Kaffee auf die Ofenbank gestellt hatte, auf kurze Zeit das Wohnzimmer, ihren 1 1/2 jährigen Sohn darin spielend zurücklassend. Während dieser Zeit hatte sich der Knabe der Ofenbank genähert, die Kanne umgeworfen und sich den Inhalt über den Körper gegossen. Der Knabe ist gestern früh in Folge der Verbrüfung gestorben. (D. Z.)

Carthaus, 10. Februar. (Unfall.) Vorgestern suchten sich ein Paar kleine Buben damit zu unterhalten, daß sie mit einem scharfen Beile auf dem Hofe Holzstücke zerkleinerten. Der eine der Knaben sah in seinem Eifer die Hand des Anderen nicht, welche gerade auf dem Hauklog lag, und so geschah das Unglück, daß dem Kleinem ein Finger vollständig abgehauen wurde.

Elbing, 10. Februar. (Feuersbrunst.) Im Laufe des gestrigen Vormittags brannten auf der städtischen Fäbriekerei Kallau die Wirtschafthausgebäude total nieder. Mitverbrannt sind 8 Räder, 2 Ställe, 1 Füllen und 3 Pferde.

Bromberg, 11. Februar. (Das Rittergut Wojciechowo) bei Jaraczewo, bisher Herrn v. Goldt gehörend, ist in dem am 9. d. Mts. stattgehabten Subhastationsstermine für 221 000 Mk. für die Aufbedelungskommission erstanden worden. Das Gut hat einen Flächeninhalt von 410 Hektaren.

Königsberg, 11. Februar. (Einbruch.) Ein Einbruch in der Schloßkirche wurde gestern in den ersten Morgenstunden in einer allgemein dreisten und gewaltthätigen Weise verübt. Die Diebe brachen gewaltsam die festen Thüren und stahlen aus einer verschlossenen Kiste, nachdem diese ebenfalls mit Gewalt geöffnet war, eine große Menge Silberfachen von ganz bedeutendem Werthe, von denen man wohl auf mehrere Tausend Mark beziffern kann. Durch einen merkwürdigen Zufall ist die Kirche wieder in den Besitz ihres Eigenthums gekommen, obgleich bis jetzt jede Spur von den Einbrechern fehlt und man auch, so viel wir wissen, nicht einmal einen Verdacht gegen bestimmte Personen geschöpft hat. Der in der Nähe der Kirche bleibe stationirte Bahnwärter hatte nämlich sein Schild verloren und begann dasselbe heute Morgen eifrig zu suchen. Es kam ihm dabei der Gedanke, das Nummernschild könnte möglicherweise in eine beständige Drumme gefallen, sein und als er in derselben suchte, fand er zwar seine Nummer nicht, wohl aber die aus der Schloßkirche gestohlenen Silberfachen, welche die Diebe dort versteckt hatten, offenbar um dieselben bei gelegener Zeit wieder abzuholen. Leider sind die Sachen halb entwerthet, da die Einbrecher das kostbare Kirchengewand zum größten Theil zerbrochen haben und somit nicht nur die Silberfachen, sondern vielmehr als der Metallwerth des Silbers gerettet worden ist. (K. Allg. Z.)

Ufa, 10. Februar. (Schmuggler in Verlegenheit.) Da in Rußland ein Pferdeausfuhrverbot erlassen ist und bei uns ein Verbot auf die Pferdeinfuhr besteht, so sind die russischen Pferdehändler sehr ratlos, denn bei dem letzten derartigen russischen Verbot, Ende des siebenziger Jahre, als bei uns noch kein Zoll existierte, machten die Leute die besten Geschäfte. Sie kauften nämlich im Süden Rußlands 3 bis 4 Jahre alte Pferde zu 500 bis 600 Rubel ein, brachten dann die Thiere an die Grenze und ließen sie an einem beliebigen Orte nach Preußen herüberfahren. Jetzt ist das nicht angebracht, unsere Zollbeamten die Pferde sofort mit Beschlag belegen würden, die Händler suchen nun an der Grenze nach Schlupfwegen, welchen ihnen der Schmuggel gelingen könnte.

Lokales.

Thorn, den 12. Februar 1887.

Die Rede des Reichstanzlers Fürsten von Bismarck, gehalten in der Sitzung des Preussischen Landtages vom 24. Januar cr., haben wir nach dem amtlichen stenogramm in einer Beilage der heutigen Nummer von Abdruck gebracht.

(Zur Reichstagswahl.) Die eigentlichen Blätter der „Freisinnigen“, ihre Taktik, mit schwindeklartigen Redenkarten die Volksmasse in die Augen zu streuen, haben wir so vielfach gezeichnet, daß nach dieser Richtung hin und keine ernste Arbeit bevorsteht. Sie aber todtschweigen, bevor sie sich selbst vollständig umgebracht haben, das paßt uns auch nicht. Es bleibt uns nur noch übrig zu zeigen, wie lächerlich sich diese freisinnigen Mordkandidaten bei jeder Gelegenheit machen. So z. B. auch in dem

Artikel der „Thorner Ostdeutschen Zeitung“, in dem zuverlässigen Organ der Freisinnigen, in der vorletzten Nummer unter der Rubrik zur Reichstagswahl, welcher in den Schlussätzen wie folgt lautet:

„Die liberale Partei muß darauf bestehen, daß ihr Kandidat, mag er auch für das Septennat stimmen, die Verpflichtung übernimmt, weder für Monopole, noch für Befestigung des allgemeinen geheimen Wahlrechts, noch für Zwangsinnungen und Schutzzölle zu stimmen; ein Kandidat, der diese Garantie nicht bietet, ist für die liberale Partei unannehmbar.“

Setzt also, nachdem es den Freisinnigen mit ihren auf Höchste gestiegenen Anstrengungen nicht gelungen ist, mit ihrem Widerspruch gegen das Septennat dem deutschen Volke blauen Dunst vorzumachen, probiren sie dieses Mandat mit Insinuationen von Monopolen, Befestigung des allgemeinen geheimen Wahlrechts, Zwangsinnungen und Schutzzöllen. Für Einführung der Monopole haben sich die Konservativen, die alles Schlimme im Schilde führen sollen, noch nicht begeistern können und für die Befestigung des geheimen Wahlrechts eist recht nicht. Ein Grund dazu ist auch durchaus nicht vorhanden. Im Jahre 1884 hatten die Konservativen in unserem Wahlkreise für sich allein 5137 Stimmen und die Freisinnigen mit den Liberalen zusammen nur 3650 Stimmen, weshalb das geheime Wahlrecht den Konservativen unbecom sein sollte, ist hierbei nicht ausfindig zu machen. Für Einführung der Zwangsinnungen einzutreten, liegt auch kein Grund vor, nachdem die freien Innungen den Befestigungsnachweis als erste Bedingung zur Hebung des Handwerkerstandes betrachten und nach Antrag auch schon theilweise staatlichen Schutz erhalten haben. Es bleiben also nur noch die Schutzzölle. Ei! Ei! Wo bleiben da die lieben Centrumsfreunde; haben diese nicht auch in richtiger Erkenntniß der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands für die Schutzzölle gegen sie gestimmt? Ihren Freunden zu Liebe, sollten sie da doch ein wenig nachgeben, umso mehr es sich bei den Schutzzöllen um den Schutz der nationalen Arbeit, um die Arbeitsgelegenheit im eigenen Reiche, um den armen Mann handelt, als dessen Wohlthäter sich die Freisinnigen sonst so gerne aufspielen! Die nationale Industrie und Landwirtschaft, soweit sie leistungsfähig sind, darf und soll in erster Linie nicht durch Einschleppung fremder schlechter Fabrikate und Produkte, durch Verschleuderung des deutschen Kapitals in's Ausland verkümmert werden. Damit wollen wir ja die uns von der „Th. Ost. Ztg.“ vorgeworfenen Todsünden auf ihren wahren Werth geprüft; wir verzichten gerne auf eine Quittung. Wenn die Freisinnigen also wirklich keine anderen Wünsche als die hier vorgetragenen in ihrem Gehirne eingekapselt hätten, dann müßte ihnen Herr Meister als Reichstagsabgeordneter ebenso annehmbar sein, als Herr Worzewski, und da dies nicht der Fall ist, und selbst Herr Dommes ihnen nicht genügt, so haben sie damit aufs Neue ihre geheimsten Wünsche verrathen. Heraus mit der Sprache! Sed ehlich und gekehrt: „Wir wollen den Sturz der Monarchie; kein Königthum von Gottes Gnaden, wir wollen die Republik; und dazu kann nur ein Freisinniger vom reinsten Wasser behülftlich sein.“ Als Minister der Posten und Telegraphie für diese Republik sind wir übrigens in der Lage, eine geeignete Persönlichkeit vorzuschlagen zu können.

— (Eisenbahnlisches.) Die laut Bekanntmachung des Königl. Eisenbahn-Betriebsamtes vom 23. Dezember v. J. zwi-

schen Bahnhof Thorn und Haltestelle Thorn Stadt eingelegten Personenzüge sog. Pendelzüge werden vom 13. d. Mts. einschließlich ab eingestellt.

— (Auszeichnung.) Se. Majestät der Kaiser haben geruht, den Hauptmann Koch im Pommer'schen Pionier-Bataillon Nr. 2 den Königl. Kronenorden 3. Kl. zu verleihen.

— (Unbegründetes Gerücht.) Die Berliner Börsengerichte betreffs Ausdehnung der Kuponsteuer auf bisher unbesteuerter Anleihen werden von Petersburger Bank-Börsenkreisen, wie man uns telegraphirt, für absolut unbegründet gehalten.

— (Versammlung.) Der „landwirtschaftliche Verein Thorn“ hält am Freitag den 18. Februar, Nachmittags 5 Uhr im Hotel „Drei Kronen“ eine Versammlung ab.

— (Ortschaftsverzeichnis.) Von dem Ortschaftsverzeichnis für die Provinzen Ost- und Westpreußen soll zu Beginn des nächsten Etatsjahr eine Neuauflage veranstaltet werden. Das Verzeichnis enthält für jede Ortschaft neben der Angabe des Kreises und der Bestellungs-Postanstalt auch das zuständige Amtsgericht und in den Vorbemerkungen Angaben über die politische Eintheilung, die Verwaltungsbehörden, die Eintheilung der Gerichtsbezirke und der in den betreffenden Landestheilen garnisontrenden Truppenkörper. Der Preis des neuen Werks wird voraussichtlich den bisherigen in der Höhe von 3 Mk. 16 Pf. nur unerheblich übersteigen. Feste Bestellungen auf das fragliche Buch werden bei der nächstgelegenen Postanstalt entgegengenommen.

— (Personalien aus dem Kreise Thorn.) Der Königl. Landrath hat bestätigt: den Kaufmann Johann Bialecki, den Diktier Jacob Schmidt, den Glasermeister Moritz Seelig zu Podgorz zu Gemeindevorständen resp. deren Stellvertreter; die von der Gemeinde Grabowitz zum Schulzen, 1. und 2. Dorfschulzen gewählten Besitzer Michael Lews, Friedrich Witt und August Ditto zu Grabowitz.

— (Beschäftigungen.) In diesem Jahre sind die Beschäftigungen Seyde, Kostbar, Breitenthal, Essanowo und Tannhagen vom 10. d. Mts. ab bis Ende Juni mit je zwei Hengsten besetzt worden, worauf wir Pferdebesitzer aufmerksam machen.

— (Eisvergnügen.) Morgen Sonntag, Nachmittags 3 Uhr veranstaltet der Pächter der Eisbahn Grünmühlenteich, Herr Schymanek ein großes Eisfest. Abends findet Illumination der Bahn, bengalischer Feuerwerk und Fackellaufen statt. Der Pächter hat seinerseits Alles Mögliche gethan, das fest zu einem höchst Genußreichen zu gestalten und ist ihm deshalb recht zahlreicher Besuch zu wünschen.

— (Belohnung.) In der Nacht vom 16. zum 17. Januar sind auf der Chausseestrecke Gr. Ostschau — Bahnhof Schöne 8 Chausseebäume abgebrochen worden. Der Kreisaußschuß scheidet demjenigen, welcher den ober die Thäter so nachweist, daß ihre gerichtliche Bestrafung erfolgen kann, eine Belohnung von 20 Mk. zu.

Kirchliche Nachrichten.
Sonntag [Sevag.] den 13. Februar 1887.
In der neustädtischen evangelischen Kirche:
Vormittags 9^{1/2} Uhr: Herr Pfarrer Klebs.
Beichte und Abendmahl nach der Predigt.
Kollekte zum Besten des Hauses der Barmherzigkeit und Emmaus in Wartenburg [Dipr].
Nachmittags kein Gottesdienst.

Telegraphischer Börsen-Bericht.
Berlin, den 12. Februar.

	11 2 87.	12 2 87.
Fonds: still.		
Russ. Banknoten	181-80	181-70
Warschau 8 Tage	181-20	181-10
Russ. 5% Anleihe von 1877	97-20	97-15
Poln. Pfandbriefe 5%	57-40	57-20
Poln. Liquidationspfandbriefe	53-20	53-10
Westpreuß. Pfandbriefe 3 1/2%	96-20	96-50
Posener Pfandbriefe 4%	100-90	100-80
Oesterreichische Banknoten	159	158-80
Weizen gelber: April-Mai	163-50	162-50
Mai-Juni	165	164
lofo in Newyork	91	91
Roggen: lofo	130	129
April-Mai	130-70	130
Mai-Juni	131	130-25
Juni-Juli	131-50	131
Hafer: April-Mai	45-50	45-10
Mai-Juni	45-80	45-50
Spiritus: lofo	36-40	36-60
April-Mai	37-40	37-50
Juni-Juli	38-50	38-60
Juli-August	39-10	39-20
Diskont 4 pCt., Lombardzinsfuß 4 1/2 pCt. resp. 5 pCt.		

Getreide-Bericht
der Handelskammer für Kreis Thorn.
Thorn, den 12. Februar 1887.

Wetter: Frost.
Weizen matt 127/8 Pfd. bunt 145 Mk., 130 Pfd. hell 148 Mk., 131/32 Pfd. fein 149/50 Mk.
Roggen flau 122 Pfd. 112 Mk., 124/5 Pfd. 113/14 Mk.
Gerste Futterwaare 92-98 Mk.
Erbsen Mittel- und Futterwaare 108-114, Kochwaare 128-140 Mk.
Hafer 95-112 Mk.
Lupinen blaue 69-75 Mk., gelbe 75-82 Mk.

Königsberg, 11. Februar. Spiritusbericht Pro 10,000
Bitter ohne Faß. Lofo 36,50 Mk. Br. 36,25 Mk. G. 36,25 Mk. bez., pro Februar 36,75 Mk. Br., — Mk. Gd., — Mk. bez., pro März 37,50 Mk. Br., — Mk. Gd., — Mk. bez., pro Frühjahr 38,25 Mk. Br., — Mk. Gd., — Mk. bez., pro Mai-Juni 38,75 Mk. Br., — Mk. Gd., — Mk. bez., pro Juni 39,25 Mk. Br., — Mk. Gd., — Mk. bez., pro Juli 39,75 Mk. Br., — Mk. Gd., — Mk. bez., pro August 40,25 Mk. Br., — Mk. Gd., — Mk. bez., pro September 40,75 Mk. Br., — Mk. Gd., — Mk. bez.

Meteorologische Beobachtungen.
Thorn den 12. Februar.

	St.	Barometer mm.	Therm. oC.	Windrichtung und Stärke	Wolkl.	Bemerkung
11.	2hp	771.3	- 2.6	E ²	0	
	9hp	770.4	- 5.9	E ²	0	
12.	7ha	771.8	- 10.1	E ²	0	

Für die Redaktion verantwortlich: Paul Dombrowski in Thorn.

Religiöser Vortrag.
Sonntag Abends 6 Uhr im Saale des Herrn Schumann, Mauerstraße
„Der Antichrist“
über das Geheimniß der Gesetzlosigkeit in unseren Tagen. 2. Theil. 2. Aufl.
Außerdem jeden Montag Abends 8 Uhr, Tuchmacherstraße 185, Versammlung zur Erklärung biblischer Fragen.
Robert Krieger.
Eintritt frei für Jedermann.

Steingräber
nach Leibnitz bei höchstem Akfordlohn gesucht. Meldung bei
G. Plehwe, Maurermeister, Thorn, Tuchmacherstraße 185.

Hufeisen
mit Tau = Einlage, (Strickeisen) in allen gangbaren Sorten empfiehlt
Emil Block, Schmiedemeister.

Caffee-Pupp
feine Karlsbader Mischung.
Rotterdammer Caffee-Rösterei.
Für gefallene Pferde, die ich abholen lasse, zahle ich bis auf Weiteres Mk. 6, für Pferde, die mir auf meine Abdeckerei geführt werden Mk. 9.
Liedtke, Abdeckereibesitzer, Culmer-Vorstadt 80.

Ein flottes Reispferd wird z. Kauf. gesucht. Näheres i. d. Exped. d. Ztg.
Pferdestall für 2-3 Pferde verm.
S. Krüger, Heiligegeiststraße.

Das bedeutende Bettfedern-Lager
Harry Unna
in Altona bei Hamburg
versendet zollfrei gegen Nachnahme (nicht unter 10 Pfd.) gute neue Bettfedern für 60 Pfd. das Pfd., vorzüglich gute Sorte 1,25 Pf., prima Halbdaunen nur 1,60 Pf., prima Ganzdaunen nur 2,50 Pf.
Verpackung zum Rollenpreis — Bei Abnahme von 50 Pfd. 5% Rabatt. — Umtausch gestattet.

Kanonen-Billard
befindet sich jetzt bei
Carl Brunk, Breitestraße.

„Zum goldenen Löwen“
Kocher.
Sonntag den 13. d. M.
Grosser
!Maskenball!
F. Kadatz.
Entree: Mask. Herren 1 Mk., mask. Damen frei, Zuschauer nur 10 Pfennig.

Wiener Café-Mocker.
Sonntag den 20. Februar 1887
Grosser
Masken-Ball.
Um 11 Uhr
großer Maskenscherz
ausgeführt von Herrn Kapellmeister
Vorschuß
und seiner Kapelle im National-Kostüm.
Darauf
große Festpolonaise
ausgeführt vom Prinz Karneval
in Kostüm.
Der Saal ist mit Karnevals-Figuren decorirt.
Entree: Maskirte Herren 1 Mk., Maskirte Damen frei. Zuschauer 50 Pfennig.
Anfang 8 Uhr Abends.
Garderobe ist bei O. F. Holzmann, Große Gerberstraße Nr. 286, und Abends von 6 Uhr ab im Ball-Sokale zu haben.

Strohüte nehme zu billigem Preise zum waschen und modernisieren an. Größte Auswahl neuester Façons zur gefl. Ansicht.
Minna Mack Nachf.
Berlin C.

Biegeln I. u. II. Klasse
verkauft höchst preisw. franko Baustelle und gewährt Baugelber durch
O. Pietrykowski, Neust. 147/48.

Eine große Wohnung
ist Schülerstraße 412 von sogleich zu vermieten. Näheres bei J. Dinter.
Möbl. Zimmer z. vermieten.
Neustadt 143 I.

Fürsten-Krone Mocker.
Sonntag, 13. Febr. cr.
Großer
Maskenball.
Entree: Mask. Herren 1 Mk., Damen frei, Zuschauer à Person 20 Pf.
Das Nähere die Plakate.
Das Comité.

Volks-Garten.
Fastnacht den 22. Februar cr.
Abends 8 Uhr
Zweite Grosse Zweite
Masken-Redoute
Alles Nähere die Anschlagzettel.
Das Comité.

Eisbahn Grünmühlenteich.
Heute Sonntag den 13. cr.
von Nachmittags 3 1/2 Uhr ab
Grosses Eisfest
mit
CONCERT.
Die Eisbahn prangt in vollem Flaggenschmuck.
Abends:
Große Illumination u. Steigen eines Riesen-Luftballons verbunden mit bengalischer Beleuchtung.
Zum Schluß Fackellaufen.
Entree à Person 25 Pf. Kinder bis zu 12 Jahren 15 Pf.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
F. Szymanski.
Zum 1. April d. J. ist die
1. Etage
best. aus 6 Zimmern mit Vorg. u. sämmtl. Zubehör in dem Kaufmann A. Mazurkewicz'schen Hause am Markte zu vermieten.

Wohnungen, 3 Zimmer, Küche.
Entree und Zubehör zu verm. beim Bauunternehmer O. Roeseler Gr. Mocker, bei der Hirschfeld'schen Fabrik.
Die 2. Etage, bestehend aus 6 bis 7 Zimmern nebst Zubehör, vom 1. April zu verm.
J. Sellner,
— Gerechtestraße 96. —

Wiener Café-Mocker.
Sonntag den 13. Februar 1887
Streich-Concert
der Kapelle des
8. Pomm. Inf.-Regiments Nr. 61.
Anf. 4 Uhr. Entree 30 Pf.
F. Friedemann, Kapellmeister.

Montag den 14. d. M.
in der Aula der Bürgerschule:
III. Sinfonie-Concert
(Mozart-Abend)
der Kapelle des Fuß-Artillerie-Regts. Nr. 11.
Anfang 8 Uhr.
Entree à 0,75 Mark. Stehplatz à 0,40 Mark. Schülerbillets à 0,30 Mark.
Jolly, Kapellmeister.

Schützenhaus-Saal.
Sonntag den 13. Februar 1887
Streich-Concert
von der Kapelle des Pomm. Pionier-Bataillons Nr. 2.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 25 Pf.
H. Reimer, Kapellmeister.

Eine Wohn. bestehend aus 6 Zim., Pferdebestall, Burschengelass nebst Zubehör, ist von sogleich oder vom 1. Oktober zu verm. Neust. Markt 257. Zu erf. im Laden, Kaffeegeschäft, daselbst.

1 Wohnung, 2. Etage, vom 1. April cr. zu vermieten.
S. Blum, Kulmerstraße 308.

1 Wohnung für Mark 180 zu verm.
H. Thiele, Gr. Mocker, vis-à-vis der Sichtsau'schen Fabrik.

Eine Wohnung, Küche mit Wasserleitung und Ausguß, zu vermieten bei
G. Schoda.

Große herrsch. Wohnungen sind in meinem neuerbauten Hause Kulmerstr. 340/41 zu verm. A. Hoy.

Mittl. Markt 299 eine fl. Wohnung zu vermieten. L. Bentler.

Ein möbl. Zimmer billig zu verm. Heiligegeiststraße 175, part.

Kl. Wohnungen zu 90-210 Mk. jährl. z. verm. Dröse's Gart. Neust. 330/1.

1 mbl. Zim. z. verm. Gerechtest. 118 2 L. v.

Kl. Wohnung z. verm. S. Krüger.

Gestern Abend 9 Uhr entschlief sanft nach langem und schwerem Leiden unsere geliebte Mutter und Großmutter
Christiane Neugebauer
 im 87. Lebensjahre, was hiermit tiefbetrübt um stille Theilnahme bittend anzeigt

M. Majorowska,
 verw. Stadtfretair.

Die Beerdigung findet Montag Nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des altst. ev. Kirchhofs statt.

Bekanntmachung.

Unter Hinweis auf das öffentlich bekannt gemachte Ortsstatut vom 3./12. Dezember 1886 welches alle im hiesigen Stadtbezirk sich aufhaltenden gewerblichen Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre zum Besuche der staatlichen gewerblichen Fortbildungsschule verpflichtet

und unter Hinweis auf die Polizei-Berordnung des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Marienwerder vom 1. April 1886, welche besonders öffentlich bekannt gemacht wird und welche den pflichtwidrig unterlassenen Besuch der Fortbildungsschule gegen den Arbeitgeber, wie gegen den jugendlichen Arbeiter mit Strafe bedroht, machen wir hierdurch bekannt, daß die Schule

Sonntag den 13. Febr. cr.

ins Leben tritt und daß an dem gedachten Tage zunächst in der **Mula der Anabenschule** (Gerstenstraße) die Aufnahme der Schüler stattfindet.

Wir fordern demzufolge die Herren Meister und Arbeitgeber hiermit auf, die ihnen unterstellten jungen Leute, welche unter jene Bestimmung fallen, zum Erscheinen an dem genannten Tage und Orte anzuhalten; und zwar haben zu erscheinen:

Morgens um 8 Uhr: Die Maurer und Zimmerleute, Klempner und Kupferschmiede, Ziegel- und Schieferdecker, Brunnenmacher, Brauer, Buchbinder, Buchdrucker, die Maler, Lackirer, Bildhauer, Lithographen, Goldarbeiter, Glaser, Tischler, Drechsler, Fleischer, Gärtner.

Mittags 12 Uhr: Die Böttcher, Korb- und Stellmacher, Bürstenmacher, Bäcker und Rührer, Konditoren, Barbier und Friseur.

Nachmittags 2 Uhr: Die Schuhmacher und Schneider.

Nachmittags 3 Uhr: Die Schlosser, Uhrmacher, Büchsenmacher, Messer-, Sattler-, Tapezierer.

Nachmittags 4 Uhr: Alle vorstehend nicht genannten Gewerbe. Die Schüler der bisherigen städtischen Fortbildungsschule brauchen nicht zu erscheinen.

Thorn den 9. Februar 1887.
 Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die laut unserer Bekanntmachung vom 23. Dezember v. J. zwischen Bahnhof Thorn und Haltestelle Thorn Stadt eingelegten Personenzüge (Wendelzüge) werden vom 13. dieses Monats einschließlich ab eingestellt.

Thorn den 12. Februar 1887.
 Königl. Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Kontursverfahren.

In dem Kontursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Zacharias Slogfried Weinbaum** zu Thorn ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters der Schlußtermin auf

den 4. März 1887

Mittags 12 Uhr vor dem Königlichen Amtsgerichte hier selbst, Terminzimmer Nr. 4, bestimmt.

Thorn den 9. Februar 1887.
Zurkalowski,
 Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

Der hinter dem Arbeiter **Joseph Duminski** unter dem 26. September 1884 erlassene Steckbrief ist erledigt.

Sect. III. 4.
 Briefen den 8. Februar 1887.
 Königlich-Ämtergericht II.

Zwei Reitpferde,

6- und 7jährig, für schweres Gewicht, verkauft. Beide ein- und zweispännig gefahren. **Palm, Bereiter.**

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 1300 kiefernen Bohlen, 3 Mtr. lang, 30 Cm. breit, 8 Cm. stark; 750 kiefernen Kreuzhölzern, 90 Cm. lang, 1 1/2 Cm. stark; 790 kiefernen Kreuzhölzern, 90 Cm. lang, 1 1/2 Cm. stark für den Artillerie Schießplatz Gruppe bei Graubenz, soll in öffentlicher Submission vergeben werden.

Hierzu ist Termin auf **Dienstag, 22. Februar cr.**

Vormittags 11 Uhr im diesseitigen Bureau angesetzt, bis zu welchem versiegelte Offerten mit der Aufschrift

„**Submission auf Lieferung von Bettungshölzern**“

einzureichen sind. Die Bedingungen liegen im diesseitigen Bureau zur Einsicht aus und können auch gegen Einzahlung von 75 Pf. abschriftlich bezogen werden.

Königl. Artillerie-Depot Thorn.

Dienstag, 15. Februar cr.

Vormittags 11 Uhr werde ich in der Pfandkammer des hiesigen Königl. Landgerichts

1 Piano öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Thorn den 12. Februar 1887.
Harwardt,
 Gerichtsvollzieher in Thorn.

Rath in Gerichtssachen

u. Privat-Angelegenheiten erteilt **M. Lichtenstein,** Volksanwalt und Dolmetscher in Thorn Schülerstraße 412 parterre.

Fertigt **Schriftstücke** nach allen Richtungen als: **Klagen, Eingaben, Bittgesuche, Mieth- u. Kaufverträge, Beitreibung ausstehender Forderungen, Uebernahme von Auktionsversteigerungen gegen billige u. prompte Ausführungen, Kauf und Verkauf von Grundstücken, Verpachtungen** etc.

Mein Grundstück Moder Nr. 430, an der Radialstraße nach Fort II belegen, 13 Morg. guter Boden, halb Wiese halb Acker, mit vollständig neuem Gebäude, bin ich willens, unter guten Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen. Reflekt. hierauf wollen sich melden bei der Besitzerwitwe **Johanna Lange,** geb. Schröter, zu Gr.-Moder.

Gesellschaft für wissenschaftl. Zuschneidekunst, in Thorn vertreten durch **Frau Martha Schwabs,** Bäckerstraße 166 I. lehrt jeder Dame in 8 Tagen das Zuschneiden von Damen- und Kinder-Garderobe, unter Garantie des Erfolges.

Eintritt von Schülerinnen täglich.

Hypotheken-Capitalien!

zu denselben Bedingungen, derselben Beleihungsgrenze, wie solche von Berliner, Bremer, Rostocker etc. Agenten durch Annoncen und Zuschriften empfohlen werden, werden für eine Provision von 1/2% bis 300,000 Mark, 1/4% für höhere Summen in kürzester Zeit beschafft. **Georg Meyer-Thorn.**

Bei Husten das Beste! Spitzwegerichsaff-Honigbonbons

von **J. Graef** in Alibach. Paket zu 20 Pfennig. stets frisch zu haben in der Konditorei von **A. Wiese-Thorn.**

Gelegenheitseinkäufe.

Umständehalber sind unter den günstigsten Bedingungen, verschiedene ländliche Grundstücke, zum Theil nahe bei Thorn und auch zum Theil nur 20 Minuten von Thorn, in der besten Geschäftsgegend, in welchen Geschäfte mit dem besten Erfolge betrieben werden, zu verkaufen. Das Nähere im **Lotteriekomptoir** von **M. Lichtenstein,** Schülerstr. 412.

Wähler = Versammlung.

Am Montag den 14. d. Mts.

Abends 8 Uhr

wird zu

Thorn Bromberger-Vorstadt II. Linie

im Saale des Herrn **Liedtke**

eine Wähler-Versammlung

für den VII. Wahlbezirk Thorn's abgehalten werden, wozu alle **deutsch-nationalgesinnten Wähler** der westlichen Hälfte der Bromberger-Vorstadt von der Schulstraße einschließlich der Kavallerie-Kaserne, Fort IVa., Ziegelei, Chauffee- und Forsthaus Grünhof, Finkenhal und Krowieniec eingeladen werden.

Das Wahlcomité der deutsch-nationalgesinnten Partei des Wahlkreises Thorn.



Zuchtvieh-Auktion

in

Ostaszewo

Station der Thorn-Marienburger Bahn.

Am Donnerstag, 17. Februar cr.

Mittags 1 1/2 Uhr verkaufe ich aus meiner **Holländer Stammherde:**

28 Bullen, zum größten Theil sprungfähig,

12 Färsen, tragend, in öffentlicher Auktion.

Näheres durch Kataloge, die auf Wunsch übersandt werden.

H. Wegner.



Sarg-Magazin

A. C. Schultz Neustadt Nr. 13

empfiehlt sein assortirtes Lager von **Metall- und Holz-Särgen** zu billigen Preisen, bei vorkommenden Fällen.

1 Theilnehmer

wird zu einem bestehenden rentabl. Geschäft mit wenigem Kapital gesucht. **Adr. M. K. L. postlagernd Thorn.**

Eine gut erhaltene, vorzüglich nähende **Singer-Maschine** verkauft mit Garantie für 30 Mark **J. F. Schwabs,** Junkerstraße 249/50.

Gesucht

Agenten und Reisende zum Verkauf von **Kaffee, Thee, Reis u. Hamburger Cigarren** an Private gegen ein Procent von 500 Mark und gute Provision. **Hamburg. J. Stiller & Co.**

„Zur Holzbörse“

Araberstrasse vis-à-vis Arenz Hôtel.

Hiermit empfehle ich dem geehrten reisenden Publikum meine **gut eingerichteten Fremdenzimmer** zu billigen Preisen.

Gleichzeitig bringe meine **Restauration**, in welcher ich wie bekannt nur gute Speisen und Getränke führe, in freundliche Erinnerung.

Hochachtungsvoll **A. Laechel.**

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren-Lager

in reichhaltiger Auswahl, gute, solide Arbeit **billige Preise**

empfiehlt **K. Schall,** Tapezier und Decorateur, Schülerstraße.

Zur Orientirung für die Neuwahlen am 21. Februar 1887.

Preis 50 Pf. Nach Auswärts **60 Pf.**

Die Militärvorlage und der Reichstag.

Inhalt: Was will die Regierung? Was will die Opposition? Die Widerlegung der oppositionellen Anträge. Die europäische Lage. Die europäischen Heere und die deutsche Armee. Der Reformplan Boulanger's. Die Artikel 57-68 der Reichsverfassung. Zu haben in der Buchhandlung von **E. F. Schwartz.**

100 Wahl-Flugblätter

im reichsfreundlichen Sinne ohne Empfehlung einer bestimmten Partei (vier verschiedene Fassungen) erhält man für **1 Mark** von **Theod. Frisch,** Leipzig, Windmühlenstraße.

Das Placirungs-Bureau

von **M. Lichtenstein,** Thorn Schülerstraße 412 empfiehlt sich den Herren Prinzipalen zur Beschaffung von **Commis, Inspektoren, Verwaltern, Förster, Hauslehrer, Kellner** etc. und sonstigem Dienstpersonal.

Sarg-Magazin

R. Przybill Schülerstraße 413 verkauft zu billigen Preisen.

Nothklee, Weisklee, Schwedisch-Klee, Franz. Luzerne, Engl. Negras, Thymothee, Americ. Mais, Spörgel, Orig. Kuntelsamen, Mährensaamen, sowie sämtliche **Wald-, Garten- und Blumen-Sämereien** empfiehlt in bester Qualität die Samenhandlung von **H. Hozakowski,** Thorn, Brückenstraße 13.

Annahme von **Strohützen** zur Wäsche nach neuesten Formen bei **Geschw. Bayer.**

Konservativer Verein

Dienstag den 15. Februar

Abends 8 Uhr

Vorstandssitzung

im Schützenhause.

Nähmaschinen-

Handlung u. Reparatur-Werkstatt für Nähmaschinen aller Systeme

J. F. Schwabs, Junkerstr. 249/50 Einjährige Garantie für Reparaturen

Sutfedern sowie alle Sorten **Handschuhe** werden gewaschen und gut gefärbt unter Garantie des Nichtabfärbens.

Elisabethstr. Nr. 87, 2 Tr. Im Hause des Goldarbeiters Herrn **Grollmann.**

Neue starke Arbeitswagen

4köller, billigst in **S. Krüger's Wagenfabrik.**

Pfannkuchen

empfiehlt **J. Dinter.** Heute Sonntag **Tivoli.** frische Pfannkuchen.

Rathskeller.

Königsberger Bier Brauerei Schifferdecker.

Stadt-Theater

in Thorn. (Direktion **E. Hannemann.**)

Dienstag den 15. Februar

Erstes Ensemble-Gastspiel des

Ballet-Personals

vom **Viktoria-Theater** zu Berlin

Excelsiora.

Ballet-Revue in 2 Akten mit 12 Tänzen von **E. Severini** und **D. Seehofser.**

Musik von **E. A. Raiba.** Dirigent des Orchesters Kapellmeister **E. A. Raiba.** Vorher

Die Versucherin.

Lustspiel in 1 Akt von **S. v. Moser.**

Mittwoch d. 16. Februar

Zweites und letztes Ensemble-Gastspiel des

Ballet-Personals

vom **Viktoria-Theater** zu Berlin

Excelsiora.

Ballet-Revue in 2 Akten und 12 Tänzen von **E. Severini** und **D. Seehofser.**

Musik von **E. A. Raiba.** Dirigent des Orchesters Kapellmeister **E. A. Raiba.** Vorher

Die Versucherin.

Lustspiel in 1 Akt von **S. v. Moser.** Alles Nähere die Zettel.

Täglicher Kalender.

1887.	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Februar . .	13	14	15	16	17	18	19
	20	21	22	23	24	25	26
	27	28	—	—	—	—	—
März . . .	—	—	1	2	3	4	5
	6	7	8	9	10	11	12
	13	14	15	16	17	18	19
	20	21	22	23	24	25	26
	27	28	29	30	31	—	—
April . . .	—	—	—	—	—	1	2

Hierzu Beilage und illustr. Unterhaltungsblatt.

Sonntag den 13. Februar 1887.

Reden Sr. Durchlaucht des Reichsfinanzlers Fürsten von Bismarck.

gehalten in der Sitzung des Preussischen Landtages vom 24. Januar 1887.

Meine Herren, Sie werden es erklärlich finden, wenn ich als auswärtiger Minister Seiner Majestät bei dieser Gelegenheit dem Hause einige Mittheilungen über die Politik mache, die ich in dieser Eigenschaft im Namen Seiner Majestät des Königs im Reich zu vertreten habe und namentlich bei den verbündeten Regierungen mit Erfolg vertreten habe.

Die verbündeten Regierungen haben bei Abschluß des Bundesvertrages, auf dem unsere Verfassung beruht, sehr wesentliche Rechte, die ihnen ganz zweifellos zustanden, — und zwar nicht nur der König von Preußen an den letzteren in seiner Eigenschaft als Deutscher Kaiser — abgetreten, für deren Wahrung und Ausübung im Interesse des Reiches der König von Preußen als Deutscher Kaiser verantwortlich bleibt. Der Deutsche Kaiser hat nicht das Recht, dieses ihm von seinen Bundesgenossen anvertraute Gut nach Belieben an Dritte zu übertragen, also beispielsweise an eine wechselnde Reichstagsmajorität, am allerwenigsten, wenn eine solche ihm für die Ausübung der anvertrauten Rechte so wenig Vertrauen einflößt wie die heutige Reichstagsmajorität. (Seiterkeit. — Ruf im Centrum: Siebt es nicht mehr!) Es sind das hauptsächlich diejenigen Rechte der verbündeten Regierungen, auf denen ihre Möglichkeit und ihre Pflicht, Deutschland gegen auswärtige Feinde zu schützen, beruht. Die Verfügung über die Mittel dazu haben sie nach der Urkunde der Verfassung Seiner Majestät dem Kaiser, aber nicht der Majorität des Reichstages, am allerwenigsten den einzelnen Führern anvertrauen wollen, welche diese Majorität (Bewegung links; Bravo! rechts) mit einem strengeren Absolutismus beherrschen, als es in unserem Vaterlande jemals gewesen ist. (Sehr richtig! rechts; Lachen links.) Das Cediren der Rechte der Regierungen an den Reichstag in höherem Maße und weiter hinaus, als die Verfassung es vorsieht, liegt daher ganz außerhalb der Berechtigung, die Seiner Majestät dem Kaiser verfassungsmäßig den verbündeten Regierungen gegenüber zusteht. Es ist ein Fideikommiß, dessen Seine Majestät sich zu entäußern weder die Absicht noch die Berechtigung hat.

Das, was ich hiermit ausspreche, dient zugleich zur Beleuchtung der Frage, ob die preussische Politik, wie sie im Bundesrathe vertreten wird, eine zu große Hartnäckigkeit gegenüber den Forderungen der Reichstagsmajorität bewiesen hat, eine Hartnäckigkeit, bei der sie sich in ausnahmsloser Uebereinstimmung mit allen ihren Bundesgenossen gehalten hat. Die Presse hat vielfach den Unterschied zwischen drei und sieben Jahren als einen bedeutungslosen dargestellt. Ganz abgesehen von der Thatsache, daß uns die drei Jahre nicht bewilligt worden wären, sind sie für uns absolut unannehmbar gewesen, schon nach der Art, wie sie angeboten und motivirt wurden, durch Gründe und in Reden, die nur dann eine Berechtigung hätten, wenn man zugeben wollte, daß der Reichstag einseitig im Wege der Budgetbeschlüsse befugt wäre, die Höhe der Streitkräfte, auf denen Deutschlands äußere Sicherheit beruht, nach seinem Belieben einseitig festzulegen, und niemand etwas weiter mitzureden hätte. Schon der Vorbehalt, den dieser große Rechtsirrtum, diese verderbliche und gefährliche Auslegung der Verfassung, damit bekommen hat, würde uns abgehalten haben, auf jenes Anerbieten einzugehen.

Vor zwölf Jahren, 1874, in der Zeit, als zum ersten Male die Präsenzfrage verhandelt wurde, war es den verbündeten Regierungen in keiner Weise zweifelhaft, daß die Verfasser der Reichsverfassung, welche in ihrem Artikel 60 bestimmt, daß die Höhe der Präsenzzahl im Wege der Gesetzgebung fest bestimmt werden soll, damit die gewöhnliche Gesetzgebung im Auge gehabt haben, welche Gesetze schafft, die so lange gelten, bis sie durch andere Gesetze aufgehoben werden; denn sonst würden sie ausdrücklich gesagt haben: „periodisch durch Gesetzgebung oder durch Bundesgesetz festgesetzt.“ Bei ehelichen Auslegern ist darüber kein Zweifel, daß das die Absicht gewesen ist. Die Regierungen werden also vollkommen in ihrem Rechte gewesen sein, wenn sie 1874 dabei beharrt hätten, daß verfassungsmäßig ein Gesetz gemacht werden müßte von der gewöhnlichen Natur und Dauer der Gesetze, das heißt ein sogenanntes Aeternat. Um den Wünschen der damaligen Mehrheit des Reichstages entgegen zu kommen — die es, wenn die Regierungen zu einer Auflösung geschritten wären, wahrscheinlich nicht geblieben wäre — zu dem Zweck, um dem Deutschen Reich und seiner Verfassung eine friedliche, stetige Fortentwicklung zu sichern, — lediglich deshalb haben die Regierungen sich damals auf die Initiative Seiner Majestät des Kaisers zu einer periodischen Bewilligung auf sieben Jahre verstanden. Damit haben sie einen Kompromiß zu schaffen beabsichtigt, der demnachst uns einen Anhaltspunkt geben sollte für die Verhandlungen, die jedesmal die Grundlagen unseres deutschen Verfassungslebens bis in's Unterste erschüttern.

Wenn die Regierungen diese Nachgiebigkeit damals geübt haben, so ist es nicht ihre Absicht gewesen, die damalige Konzeption nun zu einem Ausgangspunkte für fortlaufende neue Konzeptionen zu machen. Die verbündeten Regierungen sind der Ueberzeugung, daß dies eine einmalige prinzipielle Konzeption, ein einmaliger Verzicht auf das ihnen verfassungsmäßig zustehende Recht einer dauernden Armeeeinrichtung gewesen ist, über den hinaus sich nicht drängen zu lassen sie fest entschlossen sind. Darin beruht der große Unterschied für unsere innere Politik zwischen Septennat und Triennat; es ist die Frage: soll unsere Verfassung flüchtig und zweifelhaft bleiben, oder soll sie durch feste Tradition im Wege der Kompromisse sich einleben und im friedlichen, gegenseitigen

Einverständnis weitergebildet werden? Mit der Idee, daß Sie im Wege des Budgetrechts alles erzwingen und alles versagen können, da kommen wir nicht weiter; dem steht das vollkommen gleichberechtigte Budgetrecht des Bundesraths gegenüber. Der Bundesrath kann gewissenhafter Weise keinem Budget die Zustimmung geben, das seiner Ueberzeugung nach die Vertheidigung des Deutschen Reiches nicht sicherstellt. Also die Regierungen sind es, die diesen in die Gegend der Konflikte führenden Weg scheuen, und die dringend gebeten haben, ihn nicht zu beschreiten; sie rathen davon ab und werden ihrerseits nicht mitgehen. Mich dünkt, das ist schon ein hinreichender Unterschied zwischen Septennat und Triennat: die Sicherstellung und ruhige, friedliche Entwicklung unserer Verfassung oder die Gefährdung der Verfassung alle drei Jahre. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind die Verfassungstreuen, die Regierungen; und der Verfassung dienen die Gesandten, deren Gehälter wir hier diskutieren. Diejenigen, die jeden Augenblick, wo Gefahren für unseren Frieden nicht ausgeschlossen sind, dazu ausnutzen wollen, um kleine Grenzverrückungen zu machen zwischen dem Parlament und den Fürsten, das sind nicht die wohlwollenden Diener des Vaterlandes. (Sehr richtig! rechts.) Die Herren erinnern mich durch die Verfassungsstreitigkeiten an den Regensburger Reichstag, in dem, wie mir gestern beim Lesen einer Zeitung wieder in Erinnerung gebracht wurde, zur Zeit, als die Türken Wien belagerten und die Franzosen Straßburg wegnahmen, Rangstreitigkeiten zwischen den kurfürstlichen und fürstlichen Gesandten geführt wurden. (Seiterkeit rechts.) Ebenso klein scheint mir das Bestreben, daß in dieser Zeit, wo uns äußere Gefahr droht, die Herren dem Kaiser und den verbündeten Fürsten, die sich wahrlich doch in diesen sechs Jahren des Bestehens der Verfassung verfassungstreuen, ehrlich in der Fortentwicklung, und konfliktlos, kann ich sagen, benommen haben, nach Art der Wucherer etwas abdrücken wollen in einem Moment, wo die Regierungen den Beistand der Parlamente brauchen, wo sie die Ueberzeugung haben, daß die Nation diesen Beistand fordert, seiner bedarf. (Bravo! Sehr gut! rechts.) Wir halten schon aus Gründen der inneren Politik an dem Septennat fest, damit Sie nicht etwa auf den Gedanken kommen könnten, wir wären dieser Politik zugänglich, und Sie könnten auf weitere Nachgiebigkeit in dieser Richtung rechnen. Vor diesem Gedanken zu warnen ist hauptsächlich der Grund, aus dem ich nochmals das Wort ergriffen habe.

Es giebt aber auch einen Unterschied nach außen hin zwischen Septennat und Triennat, der sehr ins Gewicht fällt.

Die Vorlage ist dazu bestimmt, nicht nur heute unsere Präsenzfrage zu erhöhen. Mit Rücksicht auf die Gefahren, die nach der europäischen Konstellation im nächsten halben Menschenalter Deutschland bevorstehen, haben wir den Wunsch, daß die Zahl der wehrfähigen ausgebildeten Deutschen innerhalb dieser Jahre um 200 000 Mann vermehrt werde. 12 Jahre dauert die verfassungsmäßige Heeresverpflichtung, und 12 mal 16 000 Mann ausgehoben, geben nach Ablauf von 12 Jahren gegen 200 000 Mann mehr, als wir gegenwärtig haben in der buchmäßigen Rechnung, und bei uns doch auch größtentheils in Wirklichkeit.

Das Anwachsen der deutschen Streitkraft und Wehrhaftigkeit halte ich für ein wesentliches Element des Friedens, weil es den Eindruck auf das Ausland macht, daß wir um so viel, um 100 000 bis 200 000 Mann stärker sind.

Ich will in diese Diskussion nicht weiter eintreten, ich habe das schon im Reichstage erörtert. Für das Ausland in seiner grundlegenden Einrichtung für die spätere Zeit, in dem Aufgeben der übertriebenen Rüstungen, die gegen uns gemacht werden, macht es doch einen erheblichen Unterschied, ob wir eine Verstärkung von nur 48 000 Mann, das heißt eine dreijährige Aushebung von 16 000 Mann, für uns in Aussicht nehmen, oder ob wir, überzeugt von dem Ernst der Lage, in die wir gerathen können, auf 7 Jahre diese selbe Verstärkung der Armee fordern.

Es ist hier in einer Diskussion neulich angedeutet worden, als könnten wir mit der Auflösung des Reichstages, die auf Antrag der preussischen Regierung und unter ihrer Zustimmung beschlossen ist, andere Zwecke als die Verstärkung des Heeres verbunden haben, — etwa diejenigen, die man ja auch in all' den auf die Wähler und zwar auf die urtheilslosen Theile der Wähler berechneten Zeitungen findet (Seiterkeit), als sollte ein Reichstag geschaffen werden, der nachher geneigt sein würde, Monopole zu bewilligen.

Meine Herren, ich kenne das Maß von Urtheilskraft der fortschrittlichen Wähler allerdings nicht; aber von denjenigen, die zu den anderen Parteien gehören, bin ich ganz sicher, daß sie zwischen einem Abgeordneten, der Monopole bewilligen wird, und einem Abgeordneten, der nur die Heeresvermehrung bewilligen wird, sehr wohl zu unterscheiden wissen. So dumm sind die Leute nicht (Seiterkeit), daß sie nicht im Stande wären, einen Kandidaten aufzustellen und sich darüber zu vergewissern, ob der nicht etwa, nachdem er gewählt ist und die Militärvorlage bewilligt hat, nachher allerhand reaktionäre Schändlichkeiten mit der Regierung planen wird (Seiterkeit); solche Leute werden sie eben nicht wählen. Das Wort Reaktion, das ja immer sich einstellt, wo Begriffe fehlen (Seiterkeit), ist auch bei dieser Gelegenheit wieder in den Blättern, die mit Reichstagsabgeordneten in naher Beziehung stehen, vielfach gehört worden: es ist eine Verläumdung

der Regierung, an die, wie ich hoffe, die ehrlichen Unterthanen des Königs nicht glauben werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Wir sind und bleiben verfassungstreue. Möglich wird es uns bleiben trotz der Schwierigkeiten, die Sie uns in den Weg legen. Ich wünsche aber, daß Sie uns dabei helfen, daß Sie auf die Dauer uns helfen, nicht nur durch einmalige Mitarbeit.

Der Herr Finanzminister ist hier mit der Monopolfrage katechisiert worden. Ich bedauere nur, daß er den Abgeordneten Windthorst nicht gefragt hat, ob derselbe seinerseits kein Wort an Eidesstatt hier abgeben könne, daß er nicht die Herstellung des Königreichs Hannover anstrebt — das wäre ungefähr dasselbe. (Seiterkeit. — Oho! im Centrum.) Monopole — ja die werden kommen, wenn wir einen unglücklichen Krieg geführt haben und in Folge dessen in unseren Finanzen und Leistungsmitteln so erschöpft sein würden, daß wir zu jedem Mittel die Zuflucht nehmen müßten. Dann werden nicht nur Monopole, sondern sehr viel härtere Steuern kommen, als sie jetzt überhaupt bekannt sind, gegen die wir jetzt eine Art Affekuranz, eine Verstärkung der Deiche, im Reichstage vorgeschlagen haben; dann wird es Zeit sein, an Monopole zu denken; wenn wir militärisch schwach sind, so werden wir als Geschlagene schließlich die Monopole uns auferlegen müssen, um die feindlichen Kontributionen zu bezahlen, die uns auferlegt werden. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Also dieses ist die Möglichkeit, die weder ein Finanzminister noch auch die heftigsten Monopolfeinde in Abrede stellen können. Dann heißt es: Friß Vogel oder stirb.

Ich habe vorher gesagt, daß Seine Majestät der Kaiser zu der gegenwärtigen Reichstagsmajorität nicht das gehörige Vertrauen habe, um ihre Rechte in irgend einer Weise zu erweitern, und deshalb in seiner Eigenschaft als König von Preußen die Auflösung beantragt und herbeigeführt habe. Ich glaube, daß dieses Mißtrauen gegen die Absichten und Thätigkeit der Reichstagsmajorität bei Seiner Majestät dem Kaiser vollständig berechtigt ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß zu dem Zustandekommen dieser Majorität ganz zweifelloser — nach eigenem Geständniß — zweifelloser Feinde der Monarchie und des Deutschen Reiches, intransigente Gegner des Reiches, unentbehrlich sind. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ziehen Sie die ab; es haben diese Intransigenten ungefähr 70 Stimmen — ich weiß nicht, ob 70 oder 71 — im Reichstag, einige weiß ich auswendig: es sind 25 Sozialdemokraten, es sind 15 Polen und ebensoviel Elsaß-Lothringer, Franzoslinge, das macht schon 55; dann sind die Welfen, wenn ich nicht irre, 11; endlich die Volksparteiler. Sie werden mir zugegeben, da kommen die 70 sicher heraus. Diese 70 sind aber das entscheidende Element der Majorität. Ziehen Sie die ab von der Majorität, dann haben Sie die Fortschrittspartei, wenn ich mich nicht irre, mit 64, und das Centrum mit 99; das wäre zusammen 163. Dem gegenüber haben Sie die nationalliberalen und die beiden konservativen Parteien mit etwa 150. Die balanziren sich also ziemlich, und die 70 intransigenten und antimonarchischen Reichsfeinde entscheiden über die Majorität. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wie soll der Kaiser zu dieser Majorität Vertrauen haben, und wie soll er die Zukunft unserer Wehrkraft in die Hände einer solchen Majorität legen? (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Nun ist es ja den Führern dieser Parteien, die die absoluten Herrscher über die Abstimmungen sind, möglich gewesen, ihre Instruktionen so auszugeben, daß die Fortschrittspartei in der Lage ist, für dasselbe zu stimmen, wofür die Sozialdemokraten, wofür die Polen, wofür die Intransigenten stimmen. Und wiederum ist der Abgeordnete Windthorst als Führer des Centrums in der Lage, sich jedem Schritte, den die Fortschrittspartei ihrerseits thut, anzubequemen, so daß er schließlich der Führer einer heterogenen Masse ist, die nur durch den gemeinsamen Haß zusammengehalten wird, einen Haß, der mich daran erinnert, wie Herodes und Pilatus sich zusammensanden. Ich will den Vergleich nicht weiter ausdehnen (Seiterkeit), aber die beiden liebten sich bekanntlich auch nicht unter einander (Seiterkeit); nur um einem anderen Schaden zu thun, fanden sich die schönen Seelen. (Unruhe im Centrum und links.)

Nun, meine Herren, ich habe von derselben Freiheit Gebrauch gemacht, die von der Opposition ja so häufig benutzt wird, um bei Gelegenheit einer Budgetposition in sehr viel weiter hergeholter Weise ihr Herz zu erleichtern und der Regierung diejenigen Unannehmlichkeiten zu sagen, die sich dabei anbringen lassen. Ich habe meinerseits niemand eine Unannehmlichkeit sagen wollen, (Lachen links) — es würde mir leid thun, wenn es geschehen wäre — (Seiterkeit), ich habe nur nochmals die volle bona fides, die Vaterlandsliebe und die Verfassungstreue feststellen und klarlegen wollen, die die alleinigen, aber auch zwingenden Motive der Regierung sind, die uns auf eine Bahn weisen, auf der für sie keine Umkehr und kein Nachgeben möglich ist. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen. Zwischen links. Wiederholtes lebhaftes Bravo und Zischen.)

Nach der Rede des Abg. von Zedlitz-Neukirch: Wenn ich dem Abgeordneten Dr. Windthorst nicht sogleich geantwortet habe, so liegt das in meinem körperlichen Zustande, der mir das Reden schwer macht.

Der Herr Vorredner hat seitdem in so beredter Weise einen großen Theil dessen, was ich vorbringen wollte, gegen Herrn Dr. Windthorst bereits gesagt, daß ich darauf verzichten kann;

ich würde überhaupt schweigen, wenn nicht Herr Windthorst mich durch persönliche Insinuationen en demeure, in die Nothwendigkeit gesetzt hätte, ihm persönlich zu antworten und ihm Versicherungen zu geben, die er von mir gefordert hat. Als der Abgeordnete das Wort nahm, sagte ich mir: das ist der Führer, dem die Majorität des Reichstags auf jeden Wink gehorcht, der Mann, der im Reiche das Volk sozusagen vertritt, er wird mir also etwas Gründliches und Sachliches erwidern, das der Höhe der Situation würdig ist.

Statt dessen mußte ich es erleben, daß er, anstatt Gründe für seine Ueberzeugung zu geben, zu der bedenklichen Waffe der Gerüchte gegriffen hat. Er fing damit an, es beständen Gerüchte, wir wollten das Wahlgesetz angreifen. Nun, das liegt in derselben Gegend, wie die Beschuldigung, die Regierung wolle die Reaktion, sie wolle Monopole, sie wolle das Wahlgesetz ändern; es fehlt nur noch die Leibeigenchaft (Heiterkeit), die gehört doch auch mit in diese Kategorie. Der Herr Abgeordnete Windthorst wird das vielleicht der Fortschrittspartei überlassen, das schlägt mehr in ihr Fach. (Heiterkeit.)

Der Abgeordnete hat von mir ein Bekenntnis zu dem bestehenden Wahlgesetz verlangt und die Versicherung, daß ich mich mit Zerstörungsplänen für dieses Wahlgesetz nicht trüge. Wenn ich also geschwiegen hätte, so würde der Abgeordnete nachher in seinen Wahlreden und seinen Zeitungen sagen: darauf hat der Reichstanzler seinerseits nicht geantwortet. Er nötigt mich also, trotz meines leidenden Zustandes, die Versicherungen, die er verlangt hat, noch zu geben. Ich kann sie mit der Versicherung einleiten, daß ich in einem viel logischeren und viel wohlwollenderen Verhältnis zu dem Wahlgesetz stehe als der Herr Abgeordnete. Er hat gesagt, er habe ursprünglich das Wahlgesetz nicht gebilligt. Ich habe es ursprünglich gebilligt, ich habe es vorgeschlagen. Daß ich mir dabei von der Leichtgläubigkeit vieler Wähler, von dem ungeheuren Maße der Verlogenheit der Wahlagitatorien die richtige Vorstellung nicht gemacht habe, bringt mich noch nicht auf den Irrthum, daß ich das deutsche Volk überschätzt hätte. Ich rechne auf den Fortschritt, auf die Entwicklung, auf die Schärfung des Urtheils durch die Schule nach ihrer vollständigen Emanzipation. (Sehr gut! Hört! Hört!)

Der Abgeordnete sagt dann, er hätte dieses Wahlrecht nicht für vernünftig, er hätte es für sehr gefährlich gehalten, aber gerade deshalb, scheint es, gönnt er es dem deutschen Reich. Ich muß also annehmen, daß ihm das allgemeine Wahlrecht für Parteizwecke nützlicher, als wie für Reichszwecke erscheint. (Heiterkeit.)

Ich bekenne mich vor der Nation als den schuldigen Urheber dieses Wahlrechts, und ich habe es als mein Kind gewissermaßen zu vertreten. Ich gebe deshalb dem Abgeordneten die von ihm verlangte Versicherung voll und unumwunden: im Schooße der verbündeten Regierungen ist von einer Anfechtung des gültigen Wahlgesetzes in keiner Weise die Rede. Nur der Herr Abgeordnete spricht davon; er hält es für schädlich, er hält es für nachtheilig, er sagt, er würde es nicht gegeben haben; und da ich nun voraussetzen muß, daß er denselben Maßstab an sich legt, den er auch an den Herrn Finanzminister legte, von dem er nach dem Grundsatz: vir tenax propositi verlangte, daß er für das, was er einmal öffentlich erklärt, auch kämpfen müßte, so verlange ich von ihm als von einem Ehrenmann, daß auch er gegen das Wahlgesetz nun dauernd auftritt, gegen das Wahlgesetz, wie es ist, und ebenso dauernd auch für das Königreich Hannover, wie es jetzt nicht mehr ist, sondern wie es war. (Große Unruhe im Centrum.)

Das verlange ich von ihm, das verlangt die Theorie, die er dem Finanzminister gegenüber entwickelt. Er hat sich öffentlich und amtlich noch neulich im Reichstag unumwunden als Welsch bekannt; also habe ich das Recht, ihn nach seinem eigenen Ausspruch und nach seiner eigenen Einschätzung für einen Welschen zu erklären. Nach dem Maßstab, den er an den Finanzminister legte — und er wird doch mindestens von sich eine ebenso gute Meinung haben, wie von dem Herrn Finanzminister — (Heiterkeit) muß ich annehmen, daß der Herr Abgeordnete nach wie vor bei seiner Bekämpfung des jetzigen Wahlgesetzes beharren wird, daß er nur wünscht, es durch andere zu Fall zu bringen, und daß er bei seiner Absicht, das Königreich Hannover herzustellen — auf dem angeblich gesetzmäßigen Wege — (Unruhe im Centrum) gleichfalls bleiben wird. Jeder verfassungsfreudige Mann sagt, ich will die Verfassung ändern, allerdings auf gesetzmäßigem Wege. Wir aber wollen sie garnicht ändern, auch auf gesetzmäßigem Wege nicht, sondern wir wollen sie halten und ausbilden.

Der Abgeordnete erklärte ferner die Sicherheit der Dynastie dadurch bedroht, daß die Sozialdemokratie sich verdoppeln und vervierfachen würde. Nun, die Bestrebungen des Centrums und der Fortschrittspartei bei den Wahlen sind allerdings darauf gerichtet, durch Wahlkompromisse mit den Sozialdemokraten die sozialdemokratische Partei zu vermehren (große Unruhe im Centrum; Rufe: umgekehrt!), und durch Erschütterung jeder Autorität im Lande die Feindseligkeit gegen die Regierung, die in der Sozialdemokratie herrscht, nach Kräften vorzubereiten und zu unterstützen. Ich habe früher schon einmal gesagt, der Fortschritt ist die Vorfrucht der Sozialdemokratie, indem er alle Achtung vor der Obrigkeit und vor der kaiserlichen Regierung vorher untergräbt (oho! links; sehr richtig! rechts), vorher untergräbt und auf diese Weise auch im Gemüthe des einfachen Wählers tabula rasa herstellt, die die Sozialdemokraten brauchen. Die Anfechtungen, die wir aus dem Centrum erfahren, bewegen sich auf einem anderen Boden. Da habe ich hauptsächlich zu klagen über die Unterstützung, die die Sozialdemokratie bei den Kompromisswahlen, bei den Stichwahlen empfängt.

Die meisten Sozialdemokraten sind ja erst durch die Unterstützung des Centrums (lebhafter Widerspruch im Centrum) in den Stichwahlen gewählt worden. Das ist auch nicht so auffällig. Es kann ja kein Zweifel bestehen, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche, in dessen Namen das Centrum es leicht aufzutreten, diese Praktiken nach zweifellosen und allbekannten Aussprüchen unbedingt verdammen muß, diese Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie, in der das Centrum sich bei uns bewegt, sowohl bei den Wahlen als auch bei den Abstimmungen. (Oho! im Centrum.) Ich glaube auch, daß Sie (zum Centrum) für Ihr weiteres Vorgehen in Rom die Billigung nicht finden, die Sie den Wählern einreden, und ich glaube ferner, daß der Wähler noch vor den Wahlen darüber ins Klare kommen wird, ob und inwieweit Sie die Stimme der römischen Kurie für das Umsturztreiben, daß Sie begünstigen — nicht betreiben — gegen das deutsche Reich (auf Ihrer Seite haben. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Der Papst ist ein Mann des Friedens und des Erhaltens und ihm ist nicht damit gedient, daß in die bestehenden Autoritäten Dresche gelegt wird (Bravo rechts und bei den National-

liberalen.) Wenn der Wähler sich erst davon überzeugt, dann, glaube ich, wird er auch unter dem bloßen Vorwande eines Kirchenkonfliktes sich zu einem Bündniß mit der Sozialdemokratie nicht hergeben.

Dann wurde ferner eine Andeutung gemacht, als ob wir das Staatsrecht beeinträchtigen. Es handelt sich aber bei diesem ganzen Auflösungskonflikt um gar keine Staatsfrage, sondern um eine Frage der Gesetzgebung auf Grund des Artikel 60 der Verfassung. Artikel 60 der Verfassung hat ein Aeternat im Sinne. Wir haben uns auf ein Septennat verglichen, und die Gegner der verbündeten Regierungen sehten diesen Vergleich an; sie suchten, weil ihnen die Existenz des Reiches an sich oder so wie es ist, nicht konvenirt, den Spielraum, den dieser Artikel in der Gesetzgebung nach seiner Fassung läßt, zu benutzen, um das Reich in seinen Fugen und Fundamenten zu erschüttern. Der Herr Abgeordnete hat selbst schon zu erkennen gegeben, wie rasch die periodische Bewilligung heruntergeht. Ich habe vorhin gesagt, die Regierung wollte sich dem nicht aussetzen, daß das Septennat als Ausgangspunkt neuer Bewilligungen, neuer Konzeptionen von Seiten der Opposition benutzt würde, der Kaiser könne das ihm anvertraute Depot der Regierungsrechte nicht auf diese Weise ohne Zustimmung der verbündeten Regierungen weiter cediren an den Reichstag. Wir sehen jetzt, daß die drei Jahre Herrn Windthorst schon nicht mehr genügen; er plaidirt als für etwas ganz natürliches, daß wir jedes Jahr einen Konflikt haben müssen. Gehäufte Konflikte — je näher sie liegen, desto unsicherer die Existenz des deutschen Reiches. Ob dem Herrn Abgeordneten damit gedient ist, weiß ich nicht, und was ich innerlich glaube, habe ich keine Verpflichtung hier auszusprechen. (Heiterkeit rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat sich dann, nachdem er das Gebiet der Gerüchte verlassen hatte, auf das Gebiet der Schlagworte geworfen, dahin rechne ich die Redensart: „Ja, wenn die Regierung das nicht will, dann bleibt gar nichts übrig als die absolute Monarchie.“ — Ja, meine Herren, das ist eine Redensart, die wirklich tief unter der Würde eines so angesehenen Herrn, ehemaligen Ministers und großen Staatsmannes steht, wie es der Herr Abgeordnete Windthorst ist. Das ist ja eine ungläubliche Uebertreibung. Was uns übrig bleibt, das betreiben wir eben in diesem Augenblick von beiden Seiten: den Wähler darüber zu belehren, wohin ihn seine Abgeordneten von der Reichstagsmajorität führen, wenn er dieselben wiederwählt, wenn er sich deren Politik mit gebundenen Händen hingiebt und deren Zeitungen glaubt. Es bleibt uns übrig ein anderer Reichstag mit einer anderen Majorität. Hätte der Reichstag eine nationale Majorität anstatt einer reichsfeindlichen — ich werde den Ausdruck, den der Herr Abgeordnete angefochten hat, gleich nachher erläutern — dann wäre sehr viel mehr Vertrauen berechtigt; dann wäre das richtig, was der Herr Abgeordnete vorhin sagte. Ein „verständiger“ Reichstag — wohlgemerkt, das Wort unterstrichen — ein „verständiger“ Reichstag wird ja nicht die Beibehaltung oder Verstärkung der Armee ablehnen, wenn das Bedürfnis vorhanden ist. Gewiß, ein verständiger Reichstag wird beurtheilen, ob das Bedürfnis vorhanden ist, und ist er wirklich verständig, das heißt, ist er wirklich reichsfreundlich, so wird er wahrscheinlich ebenso urtheilen wie die Regierungen; denn die haben auch kein Vergnügen daran, noch mehr Soldaten zu haben, noch mehr Steuern zu erheben; Paradedrewe haben sie nicht. Aber wenn nun der Reichstag nicht reichsfreundlich wird — ich meine die Majorität?

Der Herr Abgeordnete hat gesagt: wir sehten eine der wesentlichsten Reichsinstitutionen mit Geringschätzung an. Aber alles, was wir sagen, richtet sich doch nur gegen die augenblickliche Majorität, und diese besteht in der Hauptsache aus notorischen Reichsfeinden, die selbst das Zeugniß des Abgeordneten Windthorst, daß sie reichstreu seien, nicht acceptiren. Es ist ja für die parlamentarischen Einrichtungen ganz nützlich, wenn man ein gewisses stillschweigendes convenio hat: wir wollen uns alle gegenseitig für tugendhaft halten, und ein Schuft, wer das Gegentheil thut! Das heißt, die Geschäftsordnung soll den strafen, der überhaupt sich erlaubt, an der Tugendhaftigkeit und ehrlichen Reichstreue des anderen zu zweifeln. Nun, meine Herren, die Geschäftsordnung mag den Abgeordneten das ja vorschreiben, und sie werden danach handeln; für mich, für die Reichsfreiheit, die ich im Namen des Königs und der Regierung habe, ist die Geschäftsordnung aber nicht bindend; ich habe nicht die Verpflichtung, jeden für reichstreu und königstreu zu halten, der sich dafür ausgiebt; namentlich die Kryptorepublikaner in der Fortschrittspartei habe ich nicht die Verpflichtung, für königstreu zu halten. Ich glaube nicht, daß es auf den Eingeweichten noch irgend welchen Eindruck macht, wenn die königsfeindlichen Aufforderungen mit einem: „Es lebe der König und das ganze königliche Haus!“ begleitet werden. In der Provinz, da mag es einen gewaltigen Eindruck auf die Leute machen, weil sie die parlamentarische Thätigkeit dieser Herren nicht kennen und nie kennen lernen. Die lassen sich durch solchen Koalismus bethören. Der gemeine Mann in Preußen — das erwidere ich dem Herrn Abgeordneten Windthorst auf seine Befürchtungen für die Dynastie — läßt sich nur durch Versicherungen im Namen des Königs täuschen und verführen, und die werden ja allerdings von den Herren reichlich gegeben; sie behaupten ihre Königstreue durch die Hochs, die sie ausbringen, durch ihre Versicherungen, und sagen: richtet euch nach meinen Worten und nicht nach meinen Werken; meine Werke mögen dem Könige und seiner Regierung feindlich sein, aber die Worte werden alles decken und machen alles gerecht.

Ich stehe also nicht an, die Zwecke und die letzten Ziele der Fortschrittspartei als unverträglich mit den monarchischen Einrichtungen zu bezeichnen, als antimonarchisch und als kryptorepublikanisch. (Bravo! rechts.)

Wir sind weit entfernt davon, der absoluten Monarchie zuzustreben; ich halte dieselbe überhaupt für eine unmögliche Einrichtung; denn dann regiert entweder der Bureaokrat oder der Generaladjutant oder irgend jemand, der das Geschäft nicht kennt. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß die Monarchie temperirt werde durch die Freiheit der Presse, durch die Nothwendigkeit und Unentbehrlichkeit der Zustimmung zu jeder Aenderung des gesetzlichen status quo, das heißt also, daß die gesetzgebende Gewalt getheilt werde und daß Vertreter des Volks und eine freie Presse im Stande seien, ohne Furcht und ohne Rücksicht den König und seine Regierung auf jeden irrtümlichen Weg, den er einschlägt, aufmerksam zu machen. Darüber hinaus liegt ein Bestreben, das mit der preussischen Verfassung nicht übereinstimmt: das ist das Mitregieren, und alle Versuche, die in Preußen und im Reich dem Satz der preussischen Verfassung widersprechen: die vollziehende Gewalt ruht beim König allein. Ich spreche dieses politische Glaubensbekenntnis aus, um den Ge-

danken zu bekämpfen, als ob ich ein Freund des Absolutismus und der unbeschränkten Gewalt wäre. Der Absolutismus herrscht in den parlamentarischen Fraktionen; er herrscht auch dann, wenn eine Majorität ihn ausübt, eine Majorität von 1 Stimme. Dann ist er viel größer, als wenn ein Einzelner ihn ausübt. Ein einzelner hat immer Rücksicht zu nehmen auf die Meinungen einer Majorität hat gar keine Rücksichten zu nehmen: stat numerus pro ratione. Es ist ja für den Bundesrath eine außerordentliche Erleichterung, daß er, wenn er die Beschlüsse des Reichstages ablehnen muß, nicht mehr Gründe anzuführen braucht, sondern einfach zu sagen berechtigt ist — er thut es nicht immer, aber er ist doch dazu berechtigt — dieser Beschluß des Reichstages hat die Majorität im Bundesrathe nicht gefunden; und damit ist es gut. Es ist das eine vortreffliche Einrichtung, um die ich die Parlamente immer beneidet habe. Jetzt haben wir sie in Deutschland auch.

Der Herr Abgeordnete hat mir wiederum vorgeworfen, ich verhöhne die Hannoveraner als ein königstreu Volk. Eine solche Verhöhnung liegt mir vollständig fern. Wenn ich etwas nicht zu verhöhnen, aber anzugreifen geneigt bin, so ist es das Verhalten derjenigen, die mit den königstreuen Gefühlen dieser ehrlichen Bevölkerung des Lüneburger Landes für ihre ehrgeizigen Parteibestrebungen Geschäfte zu machen suchen. (Hört! hört! rechts.) Das table ich in der That aufs höchste, das verhöhne ich, wenn ich es kann.

Nun, meine Herren, ich habe dem, was ich sagte, nicht weiter hinzuzufügen; ich freue mich, diese Debatte angeregt zu haben. (Hört! hört!)

Wenn der Herr Abgeordnete vorhin gesagt hat, es mache ihm den Eindruck, daß ich mit dem Herrn Grafen Stirum verabredet hätte, — er sprach von dem Duett Bismarck-Stirum —, so kann ich ihm darin vollständig recht geben. Ich habe mich mit dem Herrn Grafen Stirum verabredet und möchte dem Herrn Abgeordneten Windthorst fragen, ob er eine solche Verabredung für verfassungswidrig hält. (Heiterkeit.)

Er trug das vor mit dem Tone der sittlichen Entrüstung, den er so schön anzuschlagen weiß, als ob er mir damit eine ganz schändliche Handlung vorwerfen wollte. Ich gehe noch weiter; ich habe erst in der vergangenen Nacht, schlaflos wie ich war, die Rede des Herrn Abgeordneten Windthorst gelesen, namentlich die Rede von den Monopolen, ich weiß nicht gerade welche, und da dachte ich mir, das kann so nicht hingehen, das kann nicht so unwidersprochen bleiben, das ist nur zu dem Wähler geredet, dagegen muß etwas geschehen. Darum habe ich den Herrn Grafen Stirum gebeten, mir die Ehre seines Besuchs zu schenken und mit ihm verabredet, daß wir da doch einschreiten müßten. Dazu bin ich doch vollständig berechtigt. Hat der Landtag, das Abgeordnetenhaus nicht das Recht, davon unterrichtet zu sein, welche Politik durch die Gesandten, deren Gehälter es bewilligt, vertreten wird? — und ist es überhaupt für die Abgeordneten in Preußen so ganz gleichgültig, ob sie erfahren, was ihr König im Reichstag für eine Politik vertreten läßt? Ich habe mir die Sache in einer zweckmäßigen Weise einzurichten gesucht, um mir die Möglichkeit zu gewähren, mich über diese Frage auszusprechen. Daraus mache ich gar kein Geheimniß und protestire dagegen, daß irgend etwas anderes daran gelegen hätte, als die Bereitwilligkeit, meinem Lande in möglichstem Einverständnis mit seinen Vertretern diejenigen Dienste zu erweisen, die nach meinen schwachen Kräften hier möglich sind. Dazu rechne ich auch die Klarlegung des Reichstagsverhältnisses in dem preussischen Landtag, der 1/2 der Bevölkerung des deutschen Reichs vertritt. Es wäre fast eine Vernachlässigung dem gegenüber, wenn ich es unterlassen hätte, die ich nur mit meinem Gesundheitszustand hätte entschuldigen können. Darum bitte ich auch um Nachsicht, wenn ich diese Debatte, zu der ich noch viel sagen könnte, falls meine Kräfte es mir gestatteten, für diesen Augenblick nicht fortsetze. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Nach der Rede des Abg. Richter:
Ich wünsche nur, daß der Herr Abgeordnete Richter als Wahlsparole für die Fortschrittspartei die Gefahr ausbehalte, welche die Krone Preußens durch die Macht des Kanzlers gesetzt worden ist; da bin ich ihm sehr dankbar; dann braucht er sich weiter garnicht zu bemühen. Ich will ihm nur wünschen, aber vielmehr ich will dem Herrn Abgeordneten Windthorst nur wünschen, daß der Abgeordnete Richter ihm ebenso gehorham bleibe, wie ich es unter allen Umständen dem König von Preußen bin. (Heiterkeit.) Ich kann das mit Heiterkeit sagen, denn es unterliegt keinem Zweifel; der Zweifel daran verfaßt notwendig der Lächerlichkeit. Ich habe aber noch einige rebellische Gedanken von der Fortschrittspartei gegen das Centrum aus der retrospektiven Kritik über die Zollgesetzgebung aus der Rede des Abgeordneten Richter hervorleuchten sehen und ich möchte Herrn Windthorst empfehlen — principis obsta — bestzeiten darauf zu sehen, daß das nicht in die Saat schießt; sonst wird die Einigkeit zwischen den beiden Fraktionen doch schließlich in die Brüche gehen.

Ich habe den Eindruck gehabt, daß Herr Richter sich heute gegen den Abgeordneten Windthorst, einstweilen nur konditionell und im Rückblick auf die Vergangenheit, auflehnt, und das hat mich überrascht.

Der Abgeordnete Richter hat es unanständig gefunden, den König in unserer Debatte zu erwähnen. Dann muß er auch die Verfassung unanständig finden, denn in einzelnen Artikeln sagt sie vom König: der König thut dies oder das. (Oho! links.) Ja, dann lesen Sie doch die Verfassung, Sie scheinen das nicht zu glauben; ich kann überhaupt die Lesung der Verfassung nur sehr empfehlen, auch hier, wie im Reichstage; die Verfassungen sind viel besser, wie die parlamentarischen Theorien.

Wer wünscht, daß vom König nicht die Rede sein soll, der hat das Bedürfnis, die königliche Gewalt in Vergessenheit gerathen zu lassen (oho! und Zustimmung), ja, das sitzt dahinter, wenn man sagt, davon darf nicht gesprochen werden. Wir haben ja in ostasiatischen Ländern solche verehrte Personen gehabt, die so hoch waren, daß sie nicht gesehen und von ihnen nicht gesprochen werden durfte. Wir haben in England die Theorie, daß vom König nicht geredet werden darf, weil das die Aristokratie in den Schatten gestellt hätte. Und bei uns stellt es einen Parteieifer in den Schatten, wenn vom Könige zu viel geredet wird. (Sehr gut! rechts.)

Nun, bei uns in Preußen ist der König, Gott sei Dank, ein mächtiger Mann und eine ansehnlichere Potenz, mit der jeder rechnen muß. Daß hier und da von einer Gefährdung der Krone die Rede sei, daran glauben ja die Herren selbst nicht, sie sind sich dieser Schwäche bewußt und wollen nur, daß von der Stärke des preussischen Königthumes möglichst wenig die Rede sei, dann sind sie schon froh. (Sehr gut! rechts.)

Ich halte das nicht für unanständig, ich halte mich an die Verfassung und werde von dem König reden, so oft als ich berufen bin, seinen persönlichen Willen geltend zu machen, der für mich ein wesentlicher Entscheidungsgrund ist.

Der Abgeordnete hat für eine Verfassungstheorie sich nicht mit der Verfassung an sich behelfen können, sondern er hat eine Art Abstraktion, ein Destillat daraus gezogen, was er deren „Wesen“ nennt. Er sagt — es sind nicht genau seine Worte — es handle sich nicht um den Wortlaut, aber um das Wesen der Verfassung, die dem gegenübersteht. Er sagt, die Theorie, die ich von der Reichsverfassung entwickelt hätte, stehe mit dem Wesen der Verfassung in Widerspruch. Ich kann mich auf das „Wesen“ nicht einlassen, das ist eine fortschrittliche Phantasie, ein fortschrittliches Destillat, das kann man zu Nutz und Frommen der Fraktion zurecht machen, ich halte mich aber an den Wortlaut und an den Inhalt der Verfassung, dem will ich vollständig treu bleiben. Danach ist Artikel 59 der Reichsverfassung maßgebend für die Präsenzstärke im Heere, wenn ein Gesetz und so lange dieses Gesetz auf Grund des Artikels 60 nicht zu Stande gekommen ist. Dieses Verhältnis lag vor bis 1874 und deshalb hat man sich damals mit dem Nothbehelf genügen lassen für kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zu Stande zu bringen. Im Jahre 1874 ist es zu Stande gekommen. Der Abgeordnete und viele mit ihm glauben, daß damit diejenige Grenze dargestellt sei als eine Maximalgrenze, bis zu der Kaiser nur berechtigt sei zu gehen, während umgekehrt nach der ganzen Genesis der Verfassung es eine Minimalgrenze bildet, bis zu der zu bewilligen der Reichstag nach der Verfassung verpflichtet ist. Das werden Sie in Artikel 62 und 63, wo die Anweisung für die Ausgabenbewilligung des Militäretats enthalten sind, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das wird modifiziert durch das jetzt geltende Septennat, das im Jahre 1888 im Frühjahr abläuft und das wir vollständig bereit sind, auf weitere sieben Jahre zu erneuern. Es bildet diese Bestimmung eine Minimalgrenze, mit der der Kaiser zufrieden sein muß trotz seiner außerordentlichen Prerogative, die die Verfassung im ersten Eifer der unitarischen Bestrebungen und des überhandnehmenden Krieges in die Hände des Kaisers gelegt hatte und die durch das auf Grund des Artikels 60 zu gebende Gesetz modifiziert werden sollten. Die Herren wissen wohl, daß dies die Minimalgrenze ist, bis zu der der Kaiser das Recht hat, daß ihm bewilligt werde. Das schließt nicht aus, daß der Kaiser unter Umständen, wenn gefährliche oder veränderte Zustände eintreten, ein majus im Reichstag beantragt, das er, so lange er an diese Minimalgrenze gebunden ist, mit der er zufrieden sein muß, ohne Zustimmung des Reichstags nicht erreichen kann. Und deshalb ist der Abgeordnete sehr im Unrecht und im Irrthum gewesen, wenn er aus den Vorgängen, die mit dieser Deduktion im Zusammenhang stehen, die Argumentation hat herleiten wollen, die Regierung selbst habe das Kompromiß nicht gehalten. Die Regierung hat das Kompromiß sehr wohl gehalten; aber das Kompromiß schloß garnicht das Bestreben der Regierung aus, nach Bedürfnis die Zustimmung des Reichstags zu einer Erhöhung nachzujagen. Das war das bestehende Gesetz, und ist das bestehende Gesetz nur eine Minimalgrenze, mit der der Kaiser zufrieden sein muß, so lange das Gesetz in Gültigkeit ist. Ist die Gültigkeit desselben abgelaufen, so tritt der ursprüngliche Zustand ein, der da war, ehe das Gesetz zu Stande gekommen war. Die Verfassung wollte ursprünglich die Sicherstellung des Heeres vor allen Schwankungen. Das war ohne eine gewisse kaiserliche Willkür nicht möglich. Diese kaiserliche Willkür wurde zuerst in die Verfassung hineingebracht dadurch, daß die 3jährige Präsenzzeit bei der Fahne aller wehrpflichtigen Deutschen im Artikel 59 bestimmt wurde. Im Artikel 63 wurde sodann dem Kaiser das Moderamen in die Hand gelegt, die Präsenzzeit zu bestimmen; er bekam also das Recht, die ungemessene und unausführbar hohe Präsenzzeit zu reduzieren. Es handelt sich bei Artikel 63 nur um eine Beschränkung dieser ungemessenen kaiserlichen Gewalt nach unten in der Ziffer; der Antrag der verbündeten Regierungen bricht also in keiner Weise das Kompromiß, wie der Abgeordnete mit einigem Pathos, um die Regierung ins Unrecht zu setzen, behauptet hat.

Aus dem Beginn der Rede des Herrn Abgeordneten habe ich mit erneuter Verwunderung entnommen, ein wie wichtiges Element in unseren Verfassungs- und Gesetzgebungsverhältnissen der Schänkewirth ist. Die Herren bilden sich ein, daß mit der Monopolfrage, die für die Schänkewirthe so wichtig ist, ein große Masse Wähler geängstigt werden könne und darum heben sie dieselbe immer wieder von neuem hervor und sagen: die Regierung beabsichtigt das doch u. s. w. Sie denken, wenn sie die Schänkewirthe auf ihrer Seite haben, dann haben sie auf ihrer Seite alles, das deutsche Reich, die Militärfrage, die Verfassung,

(Unruhe links.) Das ist überhaupt ihre Politik, daß sie die Schänkewirthe für sich zu gewinnen suchen, indem sie immer wieder von Monopol und von Monopol sprechen, damit der Schänkewirth geängstigt werde und bei den Wahlversammlungen, die in seinem Lokale stattfinden, für die Schnapspolitik der Wahlunternehmer Partei nehme. Ich halte die Schänkewirthe für eine achtbare Klasse von Menschen, aber dieser vorwiegende Accent, der — von Seiten der Fortschrittspartei wundert es mich ja nicht — aber auch von Seiten der Centrumspartei auf die Monopolfragen gelegt wird, vergegenwärtigt mir doch immer, daß sehr viel Werth von diesen beiden Parteien auf den Bestand der Schänkewirthe gelegt wird. Anders kann ich mir dieses ewige Zurückkommen auf die Monopole nicht erklären, als daß es bestimmt ist, vor den Wahlen einzuwirken auf diese einflussreiche Menschenklasse, gegen deren Sympathie alle Gründe der auswärtigen Sicherheit des Reichs, der Befestigung der Reichsverfassung und der Entwicklung von Kompromissen nichts gelten; das fällt alles weg, wenn nur der Schänkewirth gewonnen wird durch seine Furcht vor dem Monopol.

Der Herr Abgeordnete hat mir vorgeworfen, daß ich ebenso wie der heidnische Gott Saturn meine eigenen Kinder verzehrte, und dies erläutert an dem Beispiel der Kirchengesetze. Nun muß ich die Vaterschaft für die Kirchengesetze auf das entschiedenste in Abrede stellen. In diesem Hause, in Preußen, ist in erster Linie der Ressortminister für diese Gesetze verantwortlich, in zweiter Linie seine Kollegen. Ich lehne die Verantwortlichkeit für die Gesetze hier durchaus nicht ab von mir, ich bin dafür eingetreten, aber die Vaterschaft stammt durchaus nicht von mir. Ich wäre garnicht im Stande gewesen, ein so juristisch fein gearbeitetes Gesetz zu spinnen. Ich war damals abwesend, ich war nicht einmal Ministerpräsident. Ich bin einigermaßen verwundernswürdig über die Künstlichkeit des Gespinnstes, ich bin nachher, namentlich als die Fortschrittspartei anfing, des Kulturkampfes satt zu werden und ihrerseits theils kurtum, theils mit fliegenden Fahnen übergang in das Lager des Centrums, zweifelhaft gewesen, ob man wirklich einem öffentlichen Bedürfnis entspräche, wenn man die damalige Kirchengesetzgebung weiter und fester vertrete. Ich habe damals angefangen — insofern ist das Verhalten der Fortschrittspartei für mich sehr lehrreich gewesen; es war mir sehr verwunderlich, wie Leute so heterogener Auffassung doch plötzlich in das ultramontane Lager übergehen konnten —, ich habe damals angefangen, die Sache zu studiren, und habe gefunden, daß jene Gesetzgebung eine große Menge von Bestimmungen enthielt, die es gar nicht werth waren, um ihretwegen zu sechten; ich habe außerdem gefunden, daß eine solche Reform, die in das geistige Gebiet übertrat, nur durchzuführen ist, wenn sie durch die öffentliche Meinung der Mehrheit der Nation mit zwingender Gewalt getragen wird. Das war nicht der Fall, es schien eine Zeit lang zu sein, aber die Fortschrittspartei hat sich die Bekämpfung des Reichskanzlers, nicht die Bekämpfung des Papstes angelegen sein lassen. In Folge dessen ging sie in das andere Lager über, und es bildete sich eine starke Majorität gegen uns. Der Abgeordnete Richter hat mir ja jede konstitutionelle Fakultät für Berücksichtigung der Mehrheit meiner Mitbürger abgesprochen. Aber ich muß doch sagen, daß ich den erwähnten Thatsachen gegenüber zu einer Prüfung der Sache, die ganz außerhalb meines Reviers und meiner Aufgaben lag, gekommen bin. Wenn Sie wüßten, quanta molis es gewesen ist, durch die beinahe 25 Jahre die auswärtigen Verhältnisse, die Beziehungen zum Auslande zu erhalten, so würden Sie die Verantwortung für jeden einzelnen Gesetzesparagraphen, der in diesem Hause zur Annahme gekommen ist, von mir nicht verlangen; es ist das nur eine der Ungerechtigkeiten, die man gegen einen politischen Feind mit Vergnügen übt, und deren Ablehnung mir nicht viel hilft. Ich bin darauf gefaßt; aber ich bin durch die dauernde Mißhandlung 25 Jahre hindurch hinreichend abgehärtet, um auch das tragen zu können. Nachdem ich das Bedürfnis der Revision der Kirchengesetze erkannt habe, bin ich ganz offen vorgegangen, und ich gestehe ganz offen, ich würde es noch weiter thun, wenn ich den Beistand aller meiner Herren Kollegen dazu hätte haben können.

Der Herr Abgeordnete hat ferner gesagt, daß andere Einrichtungen meine Ideale sind. Das muß ich als eine objektive Unwahrheit ganz entschieden zurückweisen. Mein Ideal sind nur andere Wahlen, eine andere Majorität. Mit dieser Majorität ist auf die Dauer nicht zu leben; — so lange sie da ist, muß das Reich verkrüppeln und verkommen und von seinen Nachbarn nicht mehr mit dem Ansehen betrachtet werden, auf das es Anspruch hat. Ich werde sorgfältig nach dem Ziele hinarbeiten, andere Wahlen und andere Majoritäten zu erlangen. Andere Einrichtungen, andere Wahlgesetze, alles das erstreben wir nicht; das ist auf gesetzmäßigem Wege nicht zu erlangen, und wir sind

gesonnen, auf gesetzmäßigem Wege zu bleiben. Aber wenn Sie, die Opposition, glauben, uns gewissermaßen auszuhungern, durch Geduld, so haben Sie doch eine zu geringe Meinung von der Geduld, die unsererseits vorhanden ist, und von der Härte des Entschlusses, auf die Sie bei uns stoßen werden.

Ich werde etwas getrübt in diesen Betrachtungen, wenn ich auf die Vergangenheit der letzten 25 Jahre zurückblicke, in denen ich von dieser Stelle oft gesprochen habe. Ich erinnere mich, daß jeder Fortschritt der preussischen Monarchie und des deutschen Reichs von den Vertretern der Fortschrittspartei auf das bitterste und schärfste bekämpft worden ist. (Sehr richtig! rechts.)

Es fing das an, als ich zuerst herkam; da fand ich die Frage der Militärreorganisation im vollsten Brand und wurde als eine Art Landesverrätther behandelt. Man drohte mir mit dem Schicksal Strafford's und mit noch schlimmeren Dingen; schließlich ist die Militärreorganisation doch eine Wirklichkeit geworden.

Darauf kam eine schwierige auswärtige Frage; es war die polnische, in der ich ganz entschlossen für Rußland Partei nahm. Die ganze mir gegenüberstehende Fortschrittspartei, die damals die Majorität hatte, nahm für die Polen Partei. Wir sind doch schließlich mit Rußland Freund geblieben und nicht die Freunde der Polen geworden.

Es kam nachher der dänische Feldzug. Den hat die Fortschrittspartei mit allen Mitteln der persönlichen und politischen Chikane erschwert. Er wurde dennoch ohne Bewilligung von irgend welchen Mitteln in Szene gesetzt und die Befreiung Holsteins und Schleswigs von Dänemark, die wir erstrebt hatten, die die Fortschrittspartei uns aber nicht gönnte. Ich weiß nicht, ob sie sie ihrerseits wollte; wenn ich an den Herrn Abgeordneten Hänel denke, so möchte ich glauben, es wäre der Fall gewesen. Jedenfalls standen Sie damals, als wir den Krieg angingen, mit ihren Sympathien mehr auf dänischer Seite und hofften, es würde uns nicht gelingen; Sie hofften nicht auf den preussischen Sieg — kann ich wohl sagen, ohne den Herren zu nahe zu treten. Die Befreiung von Holstein haben Sie bekämpft.

Den Krieg mit Oesterreich, welcher die Vorbereitung zur Herstellung des Norddeutschen Bundes war, haben wir contre vent et marée geführt; wir haben den bedauerlichen gordischen Knoten, wie ich im anderen Hause ihn genannt habe, mit dem Schwerte zerhacken müssen. Da hat uns die Fortschrittspartei nicht beigegeben; sie hat bis zum letzten Augenblick uns diese Lösung der deutschen Frage mit dem Schwerte erschwert und uns dabei gehindert. Sie hat gegen den Norddeutschen Bund gestimmt; sie hat die Bildung des Norddeutschen Bundes erschwert.

Sie hat uns bekämpft in jeder möglichen Weise in der Richtung gegen Frankreich, obwohl jedermann, der überhaupt einen politischen Blick hatte, voraussehen mußte, daß die Schlacht von Sedan einen Kampf mit Frankreich nach sich zöge. La revanche pour Sadowa war damals das französische Schlagwort, und aus dem Schooße der Fortschrittspartei wurde im Jahre 1869 ein Abrüstungsantrag gestellt. (Heiterkeit rechts), wie ich gehört habe, aus Anlaß eines Franzosen von europäischer Berühmtheit. Nun, wie man im Scherz sagt, so ein bisschen Französisch, das ist doch gar zu schön, (Heiterkeit rechts) und wenn es ein berühmter Mann, wie Herr Garnier-Pagès ist, da ist ein Deutscher vollständig entwaffnet und folgt ihm. So wurde im Jahre 1869 aus dem Schooße der Fortschrittspartei ein Abrüstungsantrag gestellt. Der Krieg mit Frankreich wurde uns außerdem auch noch erschwert durch die schließlich auf juristischem Gebiet noch verfolgten landesverrättherischen Umtriebe von Mitgliedern der Fortschrittspartei; so nenne ich nur den Namen Jacoby, der, während wir mitten im Kriege waren, die Sympathien der deutschen Fortschrittspartei für Frankreich laut zu erkennen gab. (Hört! hört! rechts.)

Nun, was wir weiter von der Fortschrittspartei für Hemmschuhe und Hindernisse gehabt haben — ich brauche nur die Reichsverfassung zu nennen, gegen die die ganze Fortschrittspartei gestimmt hat, nachher die Verstaatlichung der Eisenbahnen, wo die Fortschrittspartei bis zuletzt gegen die Staatsinteressen die großen Privatkapitalisten vertreten hat, den Schutz der inländischen Arbeit, bezüglich dessen der Herr Abgeordnete Richter noch heute sich seines Widerstandes rühmt. — Also kurz und gut, alles, was Deutschland groß, reich und einig gemacht hat, ist immer von der Fortschrittspartei bekämpft worden (sehr richtig! rechts), und ist doch immer zu Stande gekommen. Deshalb gebe ich auch die Hoffnung nicht auf, daß, weil die Fortschrittspartei unser Gegner ist, doch die Militärvorlage zu Stande kommen wird. (Lebhaftes Bravo! rechts.)